Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatl. 3600 M. frei Haus, fäll. b. Vorzeig. d. Quittung; Abweisung nur statthaft bei Aufsage d. Bezugs im Vormonat. Bei Abholg. monatlich 3500, wöchentlich 900 M. — Postbezug monatlich. — Einzelnummer 150 M., bei 8 Seiten 200 M.

Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg mit dem Amtsblatt der Stadt Merseburg der wöchentl. Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd und dem monatl. erscheinenden Chronist von Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 100 M., im Reklameteil 400 M., für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 300 M. Aufschlag, Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vorm. Belegnummer wird berechnet.

Bezugs- und Anzeigenpreise sind freibleibend.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Nr. 118 — Mittwoch den 23. Mai 1923. — 49. Jahrg.

Der Weg zur deutschen Einheit.

Ein jugendlicher Teilnehmer an der Pfingsttagung des Schutzbundes schickt uns folgenden Bericht, dessen frischer oppositioneller Ton keinen Leser hindern möge, die darin ausgesprochene warmherzige großdeutsche Gesinnung als wertvoll zu erkennen.

In Flensburg und auf der Insel Sylt hat der deutsche Schutzbund zusammen mit dem Verein für das Deutschtum im Ausland eine Pfingsttagung veranstaltet, die am Pfingstmontag in Hamburg mit einem großen Kongreß der Auslandsdeutschen, Grenzdeutschen und Kolonialdeutschen wirksam fortgesetzt wurde. Der Vorstand des deutschen Schutzbundes, Dr. von Lösch, stellte fest, daß nunmehr fast alle deutschen Minderheiten außerhalb des Reiches in den Parlamenten und Verwaltungskörpern der betreffenden Staaten vertreten sind, und daß die kulturelle Volksgemeinschaft aller Deutschen über die Reichsgrenzen hinweg angebahnt sei.

Am bezeichnendsten für den großen Fortschritt auf dem Wege zu einer neuen und lebendigen Blüte eines verjüngten Nationalgefühls waren die Reden eines Jugendvertreters in Flensburg und des katholischen Bischofs von Osnabrück in Hamburg. Der Jugendvertreter begrüßte es, daß die Pfingsttagung auf die Phrase verzichtet habe. Als die Jugend aus den Schützengräben gekommen sei, habe sie resigniert vor der Erkenntnis gestanden, daß jenes Deutschland, für das sie gekämpft habe, gar nicht vorhanden war. Aktive sittliche Kräfte habe sie erst wieder in dem tätigen Grenzdeutschtum gefunden; sie sehe über die sozialen Gegensätze hinweg, strecke frei von Parteipolitik im proletarischen Lager die Hand entgegen; für die Jugend kämen die Fragen nach Monarchie oder Republik, nach den Flaggen und nach vielem anderen erst in zweiter Reihe: für sie handele es sich zuerst um Deutschland und das Deutschtum überhaupt.

Der Bischof von Osnabrück erklärte feierlich, daß die Katholiken Hand in Hand mit ihren evangelischen Brüdern für das Deutschtum im In- und Auslande arbeiten und den Geist der Einigkeit hinaustragen wollen.

Diese Kundgebungen, die durch verschiedene andere sachliche Mitteilungen bekräftigt wurden und also nicht etwa bloß schöne Worte sind, beweisen, daß in der Zeit der Not ein neues Deutschland im Werden ist, ein Deutschland geistiger Einigkeit und Jugend, das nicht gesonnen ist, sich an den Problemen veralteter Zwietracht oder neuester Tagespolitik die Zähne stumpf zu beißen. Über konfessionelle, soziale und parteipolitische Schranken hinweg greift eine Generation, die im unmittelbaren Erlebnis kriegerischer Vernichtung frühzeitig gereift ist, mit festerer Hand nach dem einen wahren Ziel der großdeutschen Einheit, als viele heute noch führende Politiker aller Lager es bisher vermochten. Die Generation, die mit ihren bestimmenden Jugendeindrücken in der Vorkriegszeit wurzelt und das eigentliche Kriegserlebnis vielfach auch dann nicht besaß, wenn sie unmittelbar in das physische Erleben der Vernichtung hineingeriet, beeinflußt heute in allen Parteien, stark auch in der äußerlich gegen den Vorkriegsstaat eingestellten Sozialdemokratie, mehr als es gut ist, die politischen Programme. Die leidige Parteitaktik, in der wir insbesondere seit zwei Jahren stecken, und die gerade bei großen außenpolitischen Entscheidungen jedes Konzept verdirbt, ist ein Erzeugnis von Überlegungen, für die der große Krieg und dessen Folgen keine fruchtbaren Wendungen gebracht hat. Das spürt die neue Generation, die Generation der Söhne, die wenigstens den Enkeln ein menschenwürdiges Dasein im geistigen und materiellen Sinn schaffen will, immer mehr. Sie spürt den Druck der alten Ketten, in die Gesamtdeutschland durch eine traurige politische Entwicklung seit dem dreißigjährigen Kriege gefesselt ist; und sie will, während die Taktiker noch geschäftig mit diesen Ketten klirren, sie abwerfen. In der Bewegung der Jugend hat Deutschland weder die heutigen noch die Grenzen des Bismarckschen Reiches: das Deutschland der Jugend ist auf keiner politischen, sondern nur auf der Völkerkarte Europas zu finden. Es knüpft dort an, wo in den großen Zeiten deutscher Vergangenheit das einstige römische Reich deutscher Nation gehalten hatte, und dort, wo das erwachende Nationalbewußtsein in den Zeiten der Brüder Grimm neu entstanden war; auch dort, wo die Bewegung des Jahres 1848 als nationale Erneuerung des Leitgedankens der Befreiungskriege ihre gesündesten Wurzeln geschlagen hat.

Unter den Jungen, die wissen, daß wir von vorn beginnen müssen, und daß wir das Siegfriedschwert nicht kitten können, sondern nur in Späne zerreiben und im heiligen Feuer einiger Begeisterung neu gießen können, gibt es auch solche, deren Haar schon ergraut ist; und unter den Taktikern, die von Resten zehren, gibt es physisch junge Leute. Aber nur die geistige Jugend des neuen und voraussetzungslosen Nationalgefühls, diese Jugend, die die Phrase haßt und entschlossen ist, der Wirklichkeit ins Auge zu sehen, kann Deutschland retten.

Baldwin englischer Premierminister.

Die Frankenwährung im deutschen Saarland eingeführt!

London, 23. Mai. (WTB.) Der König hat den bisherigen Schatzkanzler Baldwin zum Premierminister ernannt. — Stanley Baldwin hat den Auftrag angenommen.

London, 23. Mai. Evening Standard zufolge verlautet, daß keine großen Veränderungen in der Zusammensetzung des Kabinetts eintreten werden. Lord Curzon sei, wie es heißt, bereit, das Amt des Außenministers weiter zu führen. — Weiter verlautet, daß Sir Robert Horne auf Ersuchen Baldwins sich bereit erklärt habe, Schatzkanzler zu werden.

London, 23. Mai. Der König ist gestern nachmittag 1 Uhr in London eingetroffen, ebenso Lord Curzon. — Bonar Law hat angeblich mitgeteilt, daß er beabsichtige, Parlamentsmitglied für Mittelglasgow zu bleiben, obwohl er es nicht für wahrscheinlich halte, daß er den Sitzungen beiwohnen könne.

*

Kein Kurswechsel!

Die Unklarheit darüber, wer nach dem Rücktritt Bonar Laws der verantwortliche Leiter der britischen Politik werden solle, hat nur wenige Stunden gedauert. Baldwin, der bisherige Schatzminister, ist noch nicht lange an führender Stelle im politischen Leben Englands tätig. Erst 1921 ist er, nachdem er sich bereits als Parlamentarier im Unterhause in Finanzfragen einen Namen gemacht hatte, in die Regierung eingetreten, wo er als Nachfolger Sir Robert Hornes die Leitung des Handelsamtes übernahm. Diesen Posten verwaltete er bis zum Rücktritte Lloyd Georges, um ihn damals mit dem Amt des Schatzkanzlers in dem neuen Kabinett Bonar Law zu vertauschen. Auf diesem Posten hat er in kurzer Zeit eine Reihe von weittragenden Aufgaben mit Geschick in Angriff genommen und durchgeführt. Für England selbst bedeutet **die Regelung der Kriegsschuldenfrage gegenüber Amerika wohl die hervorragendste Betätigung des bisherigen Schatzkanzlers.** Als Bonar Law erkrankte, hat Baldwin seine Vertretung vor dem Parlament und zum Teil auch in der großen Politik übernommen, und da die finanziellen und wirtschaftlichen Fragen auch für England von überragender Bedeutung sind, war er in der Lage, seine gründlichen Sachkenntnisse nutzbringend anzuwenden. Die Verhandlungen der amerikanischen Regierung, die Baldwin selbst in Washington geführt hat, haben ihm ein klares Bild der finanziellen Weltverhältnisse gegeben, in deren Komplex die Fragen der interalliierten Schulden und der Reparationen die ausschlaggebenden sind. Er hat dabei ohne Zweifel seine Erkenntnis der Tatsache vertieft, daß diese beiden Fragen bisher von Grund auf falsch behandelt worden sind, und es hat in seinen bisherigen Kundgebungen als Schatzkanzler nicht an Beweisen dafür gefehlt, daß er aus dieser Erkenntnis die Lehren zu ziehen gewillt ist, die den Interessen Englands dienen. **Die Frage bleibt, ob er sich dabei energischer betätigen wird, als sein durch die Krankheit ebenso wie durch sein Temperament gehemmter Vorgänger.** Die Tatsache, daß man in Frankreich Baldwin mit weniger Vorbehalten begrüßt, als man es Lord Curzon gegenüber getan hätte, rührt ohne Zweifel daher, daß man dem bisherigen Schatzkanzler weder die politische Erfahrung noch die Energie zutraut, deren man sich von Lord Curzon versehen zu müssen glaubte. Der Premierminister Baldwin wird zu zeigen haben, wie weit diese französische Einschätzung auf ihn zutrifft. **Daß unter seiner Leitung die englische Politik eine wesentliche Richtungsänderung erfahren wird, ist jedoch kaum anzunehmen;** derartige Erwartungen soll man auch in Deutschland weder positiv noch negativ in die Rechnung einstellen. Auch Baldwin wird in erster Linie englische Politik machen, und davon, wo er deren Vorteile sieht, wird seine Einstellung Deutschland gegenüber in der jetzigen entscheidenden Phase abhängen.

*

Weitere Verstärkungen für das Ruhrgebiet!

Genf, 23. Mai. (Priv.-Telegr.) Am 1. Pfingstfeiertag sind im Seinedepartement alle Genietruppen von sechs Reservejahrgängen einberufen worden. Zur Ausdehnung der Eisenbahnkontrolle sind weitere Korps nach der Ruhr unterwegs.

Die Frankenwährung ab 1. Juni allein gültig!

Saarbrücken, 23. Mai. (Priv.-Telegr.) **Wie der hiesige Havasvertreter meldet, hat die Saarregierungskommissions am 16. Mai die Einführung des französischen Franken als gesetzlicher Währung im Saargebiet mit Wirkung vom 1. Juni d. J. ab beschlossen.**

Bekanntlich hat sich der Saarlandesrat mit der Währungsvorlage der Regierungskommission beschäftigt. Er ist in mehrtägigen Verhandlungen zu der einstimmigen Auffassung gekommen, daß die Einführung der Frankenwährung den vertraglichen Bestimmungen des Diktates von Versailles widerspricht. Er verweigerte aus diesem Grunde der Vorlage seine Zustimmung. Die Saarregierungskommission hat sich über diese Auffassung hinweggesetzt und die Frankenwährung gegen den Willen der Bevölkerung beschlossen.

Die zweite Angebotnote: abwarten!

Berlin, 23. Mai. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Gegenüber den Meldungen über den Inhalt der deutschen Antwort ist festzustellen, daß die Situation keine Veränderung erfahren hat. Es hat weder eine Kabinettssitzung, noch Besprechungen mit den Parteiführern, noch mit den Führern der Industrie stattgefunden. Auch sind hierfür noch keine Termine anberaumt. Es dürften daher noch einige Tage vergehen, ehe genauere Mitteilungen über den deutschen Schritt gemacht werden können.

Der alte Kurs.

London, 23. Mai. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Expreß" kündigt an, daß die Reparationspolitik des neuen Kabinetts, die schon bisher im wesentlichen vom Schatzkanzler geführt wurde, von Baldwin unverändert weitergeführt werde. Deutschland brauche die Übermittlung seiner Reparationsnote wegen der englischen Ministerkrise nicht länger aufzuschieben, da sich in dieser Beziehung nichts geändert habe. Die gegenwärtige Reparationspolitik Englands sei keine Politik einer Partei, sondern eine nationale Politik, die vom Vertrauen der überwiegenden Mehrheit des englischen Volkes getragen werde.

Harding ist zufrieden.

Paris, 23. Mai. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Nach einer Radio-Meldung aus Washington wird im Weißen Hause erklärt, daß Präsident Harding die Wahl Baldwins zum englischen Premierminister als ausgezeichnet nennt.

Baldwins Ersatzmann.

Berlin, 23. Mai. (Drahtmeldung des WTB.) Es verlautet, daß die Neubildung des Ministeriums nicht vor Mittwoch beendet wird. Am kommenden Montag findet eine Sitzung der Konservativen Partei statt, in der Baldwin zum Führer der Partei gewählt werden wird.

Erneutes britisches Ultimatum an Rußland?

Hamburg, 23. Mai. (Priv.-Telegr.) Wie das „Hamburger Echo" mitteilt, erhielt die hier zum Kongreß eingetroffene Delegation der unabhängigen Arbeiterpartei Englands ein Telegramm, wonach Lord Curzon an Rußland die ultimative Forderung gestellt habe, bis spätestens Mittwoch die englischen Vorschläge zur Beilegung des Konfliktes anzunehmen. Die Meldung bedarf in dieser Form wohl der Bestätigung.

Tierisches Verbrechen.

Dessau, 23. Mai. (WTB.) Ein 25 jähriger Dessauer Elektriker und seine 20 jährige Braut, eine Kontoristin aus dem nahen Ziebigk, wurden auf dem Heimwege von einem Tanzvergnügen in einem benachbarten Wäldchen meuchlings erschossen. Der unbekannte Mörder beraubte die Opfer aller Wertsachen und vergewaltigte das sterbende Mädchen.

Der Kampf im Westen.

Harter passiver Widerstand!

Köln, 23. Mai. (WTB.) Wie aus Essen gemeldet wird, ist die Stellung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur gegenwärtigen Lage in der Abwehrbewegung gegen den französisch-belgischen Ruhreinbruch auf einer Konferenz der Gauleiter und Sekretäre der Ausschüsse im Rheinland und Westfalen in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht worden, die betont, die mit besonderer Rücksichtslosigkeit angewendeten und verschärften Gewaltmaßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung forderten nicht nur den energischen Protest der Gewerkschaften heraus, sondern verlangten den Willen, den passiven Widerstand solange fortzusetzen, bis auch bei der französischen Regierung der ehrliche Wille zur Verständigung über die schwebenden Reparationsfragen erzielt sei.

Die J.A.K. als Schützer der Smeetsleute.

Trier, 23. Mai. (WTB.) Nachdem der erste Versuch der Smeetsleute, sich des Elektrizitätswerkes zu bemächtigen, mit kläglichem Mißerfolg geendet hatte, griffen während der Pfingstfeiertage die Besatzungsbehörden ein. Es wurde an die Stadt das Ansinnen gestellt, das Direktorium des Elektrizitätswerkes vom Dienst zu entheben. Das Ansinnen wurde dem Vertreter der Stadt vom hiesigen Oberdelegierten der Interalliierten Rheinlandkommission als Befehl zugestellt. Daraufhin wurde gestern früh in der Betriebsversammlung der Arbeiterschaft beschlossen, das Werk stillzulegen. Die Straßenbahn verkehrte am Vormittag nicht. Im Elektrizitätswerk arbeitet nur ein kleiner Teil der Belegschaft, der sich mit den Putschisten solidarisch erklärt hat. Die Besatzungsbehörde trat später in neue Verhandlungen mit der Stadt ein, die zum Ergebnis hatten, daß die Franzosen die Zusicherung gaben, das Werk in die Hände der Stadt zurückzugeben. Daraufhin ist die Arbeit im Elektrizitätswerk allgemein wieder aufgenommen worden.

Wenn sie einmal dabei sind . . .

Ludwigshafen, 22. Mai. (WTB.) Aus der Badischen Anilin- und Sodafabrik transportieren die Franzosen mit Hochdruck alle Farbstoffe ab, obwohl sie nur 25 Prozent vertragsmäßig „beanspruchen" dürfen.

Köln, 22. Mai. Die Familien der Eisenbahner in Neuß, die den Ausweisungsbefehl erhielten, nach dem sie das besetzte Gebiet bis heute abend 6 Uhr verlassen haben mußten, sind mittels Sonderzuges nach Worringen und Köln befördert worden, wo sie mittags eintrafen. Es handelt sich um 140 Personen (36 Familien), vornehmlich Frauen und Kinder, aber auch Greisinnen und Säuglinge.

Krefeld, 22. Mai. Die Franzosen verhängten über den Stadt- und Landkreis Krefeld und den Kreis Kempen die Verkehrssperre für vorläufig 10 Tage.

Essen, 23. Mai. (WTB.) Der kürzlich von den Franzosen verhaftete Landrat Schöne aus Essen legte bei General Degoutte gegen die wegen angeblicher Sabotageakte über die Städte Kettwig und Werden sowie die Gemeinden Kupferdreh und Überruhr verhängten Geldstrafen von 25 bezw. 10 Millionen Mark Protest ein.

Schandurteile.

Köln, 23. Mai. (WTB.) Der Postsekretär Friedrich Liebert aus Düsseldorf, der angeklagt war, in Wipperfürth unter den Angehörigen der französischen Armee franzosenfeindliche Propaganda getrieben zu haben (nach seiner Bekundung hat er elsässischen Soldaten gegenüber gesagt: „Wenn wir nicht den Krieg verloren hätten, dann hätten wir noch Waffen und die Franzosen wären nicht hier!" und ferner: „Die Elsässer sind deutsch!"), wurde zu neun Monaten Gefängnis und 1 Million *M* Geldstrafe verurteilt. Die Postbeamtin Hildegard Schütz aus Düsseldorf, die sich geweigert hatte, einem französischen Offizier Freimarken zu verkaufen, wurde in Abwesenheit zu 200 000 *M* Geldstrafe verurteilt.

Drei Regimenter Schwarze in Trier.

Trier, 23. Mai. (Priv.-Telegr.) Die hiesige Bevölkerung wird durch die immer stärkere Heranziehung von farbigen Truppen beunruhigt. Die weißen Soldaten verschwinden mehr und mehr aus dem Straßenbild. Auf allen Wachen sind Farbige aufgezogen. Mindestens drei farbige Infanterieregimenter sind neu eingerückt. Außer Malaien erscheint in besonders starkem Maße der Negertypus im Straßenbild. Trier ist bekanntlich seit Monaten von jedem Verkehr mit dem unbesetzten Gebiet abgeschnitten. Die Smeets-Leute haben in letzer Zeit Trier zum Hauptausgangspunkt ihrer Propaganda gemacht. Die Bevölkerung befürchtet, daß die Franzosen die Absicht verfolgen, mit Hilfe der neuen zahlreichen farbigen Truppen den deutschen Widerstand in Trier gewaltsam zu brechen und durch Ausrufung der Rheinischen Republik mit der Angliederung urdeutscher rheinischer Gebiete an Frankreich im Trierer Bezirk den Anfang zu machen.

Schwere Unruhen in Dortmund.

Dortmund, 23. März. (WTB.) Während in Dortmund-Land alles noch ruhig ist, wird in Dortmund-Stadt auf fast allen Werken und Zechen mit Ausnahme von Scharnhorst, wo teilweise gearbeitet wird, gestreikt. Auf „Union" drangen heute früh etwa 300 Mann in die noch in Betrieb befindlichen Abteilungen ein und legten sie still. Herbeigeholte Polizei trieb die Eindringlinge zurück. Dabei wurden zwei Polizisten und ein Arbeiter verletzt. Auch heute nachmittag fanden Versammlungen der Streikenden statt. Gefordert werden von ihnen 50 Prozent Lohnerhöhung für die erste Maihälfte und für die zweite Maihälfte eine Lohnerhöhung entsprechend der fortschreitenden Teuerung sowie ferner eine einmalige Beihilfe von 150 000 *M* je Mann.

Über den Verlauf der gestrigen Kämpfe wird noch gemeldet:

Nach der kommunistischen Versammlung im Reinoldushof zogen um 8 Uhr abends kommunistische Hundertschaften nach dem Norden der Stadt mit der Absicht, die dortigen Polizeiwachen zu überfallen und zu entwaffnen. Als die Mannschaften der fünften Polizeiwache ihnen entgegentraten, wurden sie sofort mit Feuer empfangen, ebenso die alsbald eintreffenden Verstärkungen. Die Beamten erwiderten das Feuer, es kam zu einem **Gefecht,** in dem die Polizei die Oberhand behielt und die komunistischen Massen zu Paaren trieb. Leider erhielt ein Polizeibeamter einen **tödlichen Bauchschuß,** in gleicher Weise wurde der Fahrer eines Feuerwehrautos, auf dem Polizeibeamte zur Verstärkung herangeführt wurden, **verwundet.** Auch sonst gab es **viele schwer und leicht Verletzte auf Seiten der Polizei.**

Die Kommunisten haben Tote und Verwundete in weit größerer Anzahl zu verzeichnen; etwas Näheres läßt sich noch nicht feststellen, da die Toten und Verwundeten schleunigst weggeschleppt wurden.

Auch auf dem Hansaplatz kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und einer kommunistischen Hundertschaft, die mit Hieb- und Schußwaffen in die Flucht getrieben wurde. Später sammelten sich in der Born- und in der Heroldstraße am Hauptquartier der Kommunisten die zerstreuten Hundertschaften wieder, um, wie man vermutet, einen neuen Angriff auf die in der Innenstadt konzentrierte Polizei zu unternehmen.

Dortmund, 23. Mai. (WTB.) Der Streik dehnt sich weiter aus. Neu in den Streik getreten sind die Zeche Tremonia sowie eine Reihe kleiner Eisen- und Stahlwerke. Auf anderen Zechen wird ultimativ Arbeitseinstellung verlangt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230523-18/fragment/page=0001
DFG

Ruhrdebatte in der französischen Kammer.

Der Gipfel der Verdrehungskunst. — Dubois fälscht die Rechnungen. — Ein Sprecher der Opposition.

Paris, 23. Mai. (WTB.) Die Kammer begann gestern nachmittag die Beratung der von der Regierung angeforderten Kredite für die Operationen an der Ruhr. Für die Debatte, die die seit Wochen erwartete Aussprache über die Ruhr- und Reparationspolitik der französischen Regierung bringen wird, sind bereits mehr als 20 Redner eingeschrieben und man rechnet damit, daß sie die Sitzungen bis Ende der Woche ausfüllen wird. Als erster Redner sprach Louis Dubois, der ehemalige Präsident der Reparationskommission. Deutschland sei den ihm im Versailler Vertrage auferlegten Verpflichtungen niemals (!) nachgekommen. Die von ihm geleisteten Zahlungen und Restitutionen seien unter dem Druck der Gewalt und erst nach Überwindung großer Schwierigkeiten erfolgt. Bereits am 30. Juni 1920 habe sich die Reparationskommission gezwungen gesehen, die erste vorsätzliche Nichterfüllung Deutschland bei den Kohlenlieferungen festzustellen. Drei- oder viermal habe die Kommission in der Folgezeit Verfehlungen Deutschlands zur Kenntnis der alliierten Regierungen gelangen lassen. Bereits auf der Londoner Konferenz habe Deutschland so offenkundige Beweise seines bösen Willens gegeben, daß die Gesamtheit der alliierten Delegationen darüber aufs äußerste entrüstet gewesen sei. Die Reparationskommission, deren sich gewisse Alliierte so gern entledigen möchten, habe die deutsche Schuld erst nach Anhörung der Deutschen und von 32 Sachverständigen auf 132 Milliarden festgesetzt. Redner gibt eine ziffernmäßige Aufstellung der Leistungen, die Deutschland bis zum 31. Dezember 1922 getätigt habe. Die von ihm angeführten Zahlen stehen aber im Widerspruch zu den heute von der Reparationskommission veröffentlichten Ziffern.

Dubois behauptet, Frankreich habe nach Abzug der Okkupationskosten

nur 143,6 Millionen (!)

Goldmark erhalten. Da es seinerzeit Deutschland auf Grund des Abkommens von Spaa 180 Millionen vorgeschossen habe, habe es 35 Millionen mehr bezahlt, als es von Deutschland erhalten habe. (!) Man muß demnach behaupten, daß Frankreich von Deutschland so gut wie gar nichts erhalten hat. (Heiterkeit und ironische Zwischenrufe auf der Linken.) Frankreich sei völlig

in seinem Recht gewesen, als es sich zu Sanktionen entschlossen

habe, zu denen die verbrecherische und wortbrüchige Haltung Deutschlands (!) Anlaß gegeben habe. Die französische Regierung habe damit nicht nur ihre Pflicht gegenüber dem eigenen Lande, sondern auch gegenüber der ganzen Welt erfüllt. Die Annahme der von der Regierung geforderten Kredite müsse Deutschland zeigen, daß Frankreich nun am Ende seiner Geduld (!) und entschlossen sei, das Pfand, in dessen Besitz es sich gesetzt habe, zu behaupten, bis es bezahlt sei.

Abg. Margaine weist nach, daß der Betrieb des Eisenbahnnetzes im Ruhrgebiet durch die französisch-belgische Regie praktisch unmöglich sei. Im Gegensatz zu den offiziösen Kundgebungen schätzt der Minister das Höchstmaß der Kohle, die die Okkupationsbehörden aus dem Ruhrgebiet abfahren können, auf 20 000 To. täglich. Redner hofft, daß die französische Regierung die Kammer über ihre wahren Absichten unterrichten und sich nicht wieder hinter irgendwelchen diplomatischen Notwendigkeiten verschanzen werde. — Poincaré unterbricht den Redner: „Sie werden von mir hoffentlich nicht erwarten, daß ich diese Absichten auf diesem Wege zur Kenntnis Deutschland bringe!" — Margaine fortfahrend: **Das Land will, daß dem Krieg endlich ein Ende gemacht wird derart, daß Frankreich sich wieder der friedlichen Arbeit widmen kann,** sobald es bezahlt ist und seine Sicherheit gefunden hat. — Die Fortsetzung der Debatte wird darauf auf Donnerstag vertagt.

Die neue Internationale.

In Hamburg ist soeben der Internationale Sozialistenkongreß eröffnet worden und zur selben Stunde hielt, gleichfalls in Hamburg, die sog. „Wiener Arbeitsgemeinschaft" ihre letzte Tagung ab. Die Arbeitsgemeinschaft war nur zu dem Zweck zusammengetreten, um ihr Aufgehen in der zweiten Internationale zu beschließen. Die Arbeitsgemeinschaft war die Folge der sozialistischen Spaltung während des Krieges und vor allem infolge der Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Bewilligung der Kriegskredite. Die Kreditverweigerer schlossen sich zu der Wiener Internationale zusammen, die als 2½-Internationale vermittelnd zwischen der zweiten Gewerkschaftsinternationale und der dritten Kommunistischen Internationale tätig sein solle. Der jetzt in Hamburg gefaßte Auflösungsbeschluß ist an die Voraussetzung geknüpft, daß auch die zweite Internationale sich formell auflöst und es soll dann der jetzt eröffnete Kongreß die Bildung einer ganz neuen Internationale durchführen. Es liegt auf der Hand, daß diese geschaffene Vereinheitlichung der internationalen Arbeiterbewegung auch für Deutschland ein nicht unwesentliches politisches Ereignis ist und daß die Stoßkraft der sozialistischen Bewegung nicht nur bei uns und sowohl nach rechts wie nach links verstärkt wird.

*

In seiner Begrüßungsrede betonte der Hamburger Oberbürgermeister Stolten (Soz.), es müsse auf diesem internationalen Kongreß ausgesprochen werden, daß das deutsche Volk nicht mehr Schuld am Kriege habe als andere Völker auch. Es sei nicht nur Wahnsinn, sondern auch ungerecht, wenn man das deutsche Volk zwingen wolle, neben seinen eigenen Lasten auch noch die der anderen zu tragen. Soweit wir zur Wiedergutmachung imstande seien, seien wir dazu bereit. Aber zu Leistungen über unser eigenes Können hinaus seien wir nicht verpflichtet.

Eine peinliche Frage.

Die „Ligue des Droits de l'Homme" an Poincaré.

Im „Berliner Tageblatt" wurden am 28. Dezember 1922 einige Dokumente Iswolskis vom 13. Oktober 1914 publiziert, in denen der russische Botschafter in Paris über seine Unterredungen mit Delcassé, der seit dem 26. August 1914 das Ministerium des Auswärtigen übernommen hatte, u. a. berichtete, Delcassé habe ihm gesagt: „Sodann besteht das hauptsächlichste Ziel Frankreichs — und in dieser Hinsicht sind alle drei verbündeten Mächte durchaus solidarisch — darin, daß das Deutsche Reich vernichtet und die militärische und politische Kraft Preußens soviel wie möglich geschwächt wird. Man muß die Sache so machen, daß die einzelnen deutschen Staaten hieran selbst interessiert sind." Hierbei berief sich Delcassé auf die Verhandlungen, die in Petersburg im Jahre 1913 stattgefunden haben, und bat inständigst, ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, „daß die Forderungen und Wünsche Frankreichs dieselben geblieben sind, mit Ausnahme des notwendigen Wunsches, die politische und ökonomische Kraft Deutschlands zu vernichten." An diese Äußerungen Iswolskis knüpft die „Ligue des Droits de l'Homme" an und richtet an Poincaré (in der Zeitschrift „Les Cahiers des Droits de l'Homme", 1923, Nr. 6) folgende Anfrage:

„Sie kennen sehr genau, Herr Präsident, die Kommentare, welche die Veröffentlichung dieser Texte im Ausland und in einigen französischen Zeitungen gefunden haben. Man hat daraus folgende Schlußfolgerungen gezogen:

1. Daß, seit 1913, die Ziele der auswärtigen Politik Frankreichs (hauptsächlich Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens) nur durch einen Krieg verwirklicht werden könnten.

2. Daß, seit Ende 1914, eines der Kriegsziele Frankreichs die Vernichtung des deutschen Staates war.

Wir haben nicht nötig, Herr Präsident, Sie darauf hinzuweisen, welches Interesse für Frankreich und für die historische Wahrheit es hat, so bald als möglich Klarheit zu erlangen. Die „Ligue des Droits de l'Homme" würde glücklich sein, Bestimmtes zu erfahren:

1. Über die Unterredungen von 1913, die in dem zitierten Telegramm erwähnt werden, und über die Instruktionen der französischen Regierung an ihren Botschafter in Rußland, die sich auf diese Unterredungen beziehen.

2. Über die Unterredungen vom September 1914 zwischen dem französischen Minister des Auswärtigen und dem russischen Botschafter in Frankreich und über die gegenseitigen Verpflichtungen, die diese über die Kriegsziele Frankreichs und Rußlands nach sich gezogen haben."

In dieser Anfrage ist der Kern der Anklage gegen Poincaré mit großer Klarheit herausgearbeitet. Wir fürchten nur, daß der französische Ministerpräsident diese Frage ebenso unbeantwortet lassen wird, wie alle früheren Anfragen, die in dieser Angelegenheit an ihn gerichtet worden sind.

Außenpolitische Übersicht.

Die Dollarrechnung.

Wir berichteten bereits über Amerikas Schadenersatzrechnung, die Billionenziffern erreicht. Es handelt sich um etwa 5 Milliarden Gold-

Wichtiges vom Tage.

Die Krankheit Bonar Laws hat einer echt englischen und im gesellschaftlichen Sinne demokratischen Laufbahn ein Ende gemacht; der heute 65 jährige Mann ist in Kanada geboren und kam als Mittelloser nach England, wo er Angestellter einer Eisenhandlung in der schottischen Stadt Glasgow wurde. In politischen Klubs wurde man auf ihn aufmerksam; die Ausübung seines Parlamentsmandats war ihm nur möglich, weil sein Chef den begabten Buchhalter zum Teilhaber machte. Bonar Law ist auch während seiner politischen Tätigkeit privatwirtschaftlich arbeitssam geblieben; er kam zu einer einflußreichen Stellung in der englischen Eisenindustrie. Zum Führer der Konservativen Partei wurde er im Jahre 1911 ernannt.

*

Bei der Jubiläumsfeier des Pettauer Deutschen Kulturvereins überfielen Mitglieder der Jugoslawischen nationalistischen Organisation die an der Feier teilnehmenden Abgeordneten deutscher Nationalität; einer von ihnen wurde schwer verletzt. Da die Polizei den Ausschreitungen teilnahmslos zusah und dergleichen Übergriffe der jugendlichen Fanatiker nichts Seltenes sind, werden die parlamentarischen Gruppen der Minderheiten einen energischen Protest bei der Belgrader Regierung einbringen.

*

Die angekündigte Tariferhöhung bei der Reichsbahn wird, wie gestern schon unter den letzten Nachrichten kurz mitgeteilt wurde, am 1. Juni in Kraft treten. Sie wird für die Kilometersätze die Preise verdoppeln. Die Schnellzugszuschläge werden für die 3. Klasse in der ersten Zone von 800 auf 2000 ℳ, in der dritten Zone von 1200 auf 3000 ℳ erhöht werden. Verdoppelt werden die Gebühren für Platzkarten und für Reisegepäck. Die Güter- und Tiertarife werden um 50 Prozent erhöht werden. Bei der steigenden Geldentwertung war eine Erhöhung der Fahrpreise vorauszusehen, bedauerlich ist es aber, daß sie gerade in dem Augenblick vorgenommen wird, in dem die zahlreichen Wenigbemittelten ihre Erholungsreise antreten wollen. Daß die Post der Eisenbahn folgen wird, ist selbstverständlich, doch sind die Vorarbeiten für die Erhöhung noch nicht beendet.

*

Die Preisaufgaben des Gerhard Anschützschen Freiheitspreises der Universität Heidelberg lauten: „Macht und Freiheit als Ziele der deutschen nationalen Bewegung von 1848" oder „Listenwahlsystem und Führerauslese". Der Preis beträgt 300 000 ℳ mit Aussicht auf eventuelle Erhöhung bei weiterer Geldentwertung. Berechtigt zum Wettbewerb ist jeder, der zur Zeit der Übergabe der Arbeit in Heidelberg immatrikuliert ist.

Beim Kraftfahren
Geld sparen!
Größte Haltbarkeit, Elastizität u.
Betriebsstoff-Ersparnis machen
Continental
Cord
zum wirklich billigen Reifen.

mark. An der Spitze der Schadenersatzforderungen, die für das Privatkonto verlangt werden, stehen diejenigen für den Schiffbruch der „Lusitania", die allein eine Summe von 22 Millionen Dollars betragen. Weiter ist bemerkenswert eine Forderung von 21 Millionen Dollars für die Besitzer fremder Wertpapiere, die mit der Entwertung, die diese Papiere erlitten haben, begründet wird (!). Mehrere Millionen werden auch verlangt für die Verletzung von Patenten, insbesondere solchen für Unterseeboote.

Ein deutsches Angebot an Südslawien.

Belgrad, 23. Mai. (Priv.-Telegr.) Wie hiesige Blätter erfahren, bot die deutsche Regierung Südslawien unmittelbare Lieferungen auf Rechnung Kriegsentschädigung an, und zwar nicht nur die für dieses Jahr bestimmten Kontingente, sondern auch für das ganze nächste Jahr. Das Anerbieten der deutschen Regierung war Beratungsgegenstand einiger Ministersitzungen, aber aus politischen Gründen blieb diese Angelegenheit bis jetzt unentschieden.

Krisis bei der Faszistenpartei.

Rom, 23. Mai. (Priv.-Telegr.) In der italienischen Faszistenpartei kriselt es. In Neapel haben verschiedene Führer der Miliz ihre Entlassung gegeben, in Libri sind rund 40 000 Arbeiter aus der Partei ausgetreten. Es ist von hier aus nicht zu übersehen, ob es sich nur um lokale Verstimmung handelt oder ob der Zwiespalt ausgebrochen ist, der eintreten mußte, wenn die Partei, die lediglich der Rausch der Siegesphrase und der Haß gegen den Sozialismus zusammengeführt hatte, praktische Arbeit leisten sollte. Mussolini sieht jedenfalls die Lage als so ernst an, daß er den Generalissimus der Miliz nach dem Süden geschickt hat, um eine Verständigung herbeizuführen.

Brückensprengung der Türken.

London, 23. Mai. (WTB.) Nach einer Reutermeldung aus Athen wird dort amtlich bekanntgegeben, daß die Brücke, die Adrianopel und Karagatsch verbindet, von den Türken unterminiert worden und während eines Gewitters, anscheinend infolge eines Blitzschlages, in die Luft geflogen ist. Die Brücke diente nicht dem Eisenbahnverkehr.

(Sollte dieser „Abbruch der Brücke" sinnbildlich sein?)

Belgien, Frankreich und England.

London, 22. Mai. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" meldet, daß die nachdrücklichen Schritte der belgischen Regierung in Paris zugunsten einer gemeinsamen Aussprache aller Alliierten über die bevorstehende deutsche Note nach einer eingehenden Besprechung des belgischen Gesandten in London mit Lord Curzon am letzten Donnerstag erfolgt sei. Im Verlauf der eingehenden Besprechung des englischen Außenministers und des belgischen Gesandten sei der belgische Reparationsplan zur Sprache gekommen, den die Brüsseler Konferenz als die Grundlage für eine solche Aussprache unter den Alliierten bereithalte. Der Plan, der dazu bestimmt ist, die englischen Bedenken gegen eine Beteiligung der Alliierten an deutsche Industrieunternehmungen zu überwinden, soll anstelle der von Frankreich geforderten Aktienbeteiligung die Ausgabe von Obligationen durch die deutschen Industrieunternehmungen als Pfänder für die Alliierten vorsehen.

Der belgische Eisenbahnerstreik beendet.

Brüssel, 23. Mai. (Priv.-Telegr.) Nach einer Mitteilung des „Poeple" haben die belgischen Eisenbahner die Arbeit wieder aufgenommen. — Ihnen war am Freitag vom Eisenbahnminister ein befristetes Ultimatum gestellt worden.

Der französische „Erfolg".

Paris, 22. Mai. (WTB.) Journal Official bringt den Kommissionsbericht über die Ruhrkredite, der eine Erhöhung der Kokserzeugung in Frankreich und Belgien und die Stützung der hiesigen Kokereien durch französische Kapitalien und Interessenten ankündigt.

Deutschland.

Sozialistisch-kommunistische Verhandlungen.

Weimar, 23. Mai. (Priv.-Telegr.) Nachdem die Kommunisten im thüringischen Landtag erklärt haben, daß sie nicht für den Etat stimmen könnten, wenn die Regierung keine besonderen Garantien gebe, hat die sozialdemokratische Partei mit den Kommunisten **Verhandlungen über ihren Eintritt in die Regierung** eingeleitet. Als Grundlage für die Verhandlungen dienen von den sozialdemokratischen Vertrauensleuten aufgestellte und einstimmig gebilligte Richtlinien über politische, persönliche und organisatorische Garantien. Von besonderer Bedeutung ist dabei, daß die Richtlinien die Bildung von **republikanischen Notwehren** vorsehen, die ein Mittel gegen die der Republik drohenden inneren Gefahren sein sollen und insbesondere die Aufgabe haben, Demonstrationen, Versammlungen und das Eigentum der Arbeiterschaft zu schützen. **Voraussetzung für die Betätigung der republikanischen Notwehren ist die vorbehaltlose Anerkennung der Reichs- und Landesverfassung.** In einer gemeinsamen Verhandlung der Sozialdemokraten und Kommunisten wurde die Vertagung der Verhandlung auf den 27. Mai beschlossen.

Dem Hunger entflohen.

Die Not der Wolgadeutschen.

Unter den Wolgadeutschen geht der Hunger um. Vor kurzem sind, wie der „Bote von Bethel" meldet, tausend Kinder mit einigen Begleitern im Flüchtlingslager in Frankfurt a. O. eingetroffen. Ein Teil von ihnen ist in den Bielefelder Anstalten F. von Bodelschwinghs, ein anderer in der Berliner und anderen Zweiganstalten untergebracht worden. Sie erzählten von ihrer grausigen Not. Tausende hatten versucht, aus den Hungerbezirken über Polen nach Deutschland zu fliehen. Sie liefen tagelang durch Wälder und Sümpfe. Vielen erfroren die Füße. Der Hunger marschierte immer mit. Und der Tod war nicht weit dahinter.

Die Väter und Mütter starben, und die Geschwister standen eines Morgens nicht mehr auf. Einige Mädchen trugen einen Knopf vom Kleid der toten Mutter auf der Brust. Dies Medaillon war ihr einziges Erinnerungszeichen.

Nur wenige schlugen sich durch. Tausende wurden in Minsk festgehalten. Auch hier stellten sich die beiden Gesellen ein. Von sechstausend Flüchtlingen sind ihnen viertausend erlegen. Ganze Familien starben aus. Das Reichswanderungsamt hat endlich für die ganz verwaisten Kinder die Ausreiseerlaubnis erwirkt. Dreihundert Erwachsene durften als Begleiter der fünfhundert Kinder mitfahren. Noch 200 der Kleinsten wurden als „Handgepäck" durchgeschmuggelt und 300 weiteren gelang es so, in den Zug zu kommen. Tausend Kinder entflohen dem Hungertode und grüßten die Heimat, aus der einst ihre Vorfahren in die Fremde zogen und fanden in Bielefeld solch selbstlose Opferbereitschaft, die bei der schwierigen wirtschaftlichen Lage, mit der auch diese Anstalt zu kämpfen hat, doppelt wiegt.

Aus der Siedlungspraxis.

In Schlesien sind seit 30 Jahren etwa 8000 kleinlandwirtschaftliche Betriebe vom Großgrundbesitz aufgekauft worden. 5000 davon sind heute noch mit Gebäuden, Stallungen usw. versehen. Der Einwand der Siedlungsgegner, daß die Bereitstellung von Land zwecklos sei, weil man doch nur in ganz geringem Umfang bauen könne, trifft auf diese Leerstellen ganz gewißlich nicht zu. Man sollte deshalb annehmen, daß der „siedlungsfreundliche Großgrundbesitz" mit Begeisterung diese Leerstellen zur Ansetzung von Siedlern herausgibt. Die zuständigen Amtsstellen haben wiederholt auf die Wiederherstellung der Leerstellen gedrängt. Das Ergebnis: Von den 5000 Stellen sind ganze 87 zurückgegeben worden! Dem stehen etwa 1000 vom Großgrundbesitz auf die Straße geworfene Gutsbeamte gegenüber und die 3500 Rücksiedler aus den polnisch gewordenen Gebieten mit ihren meist zahlreichen Familien, die in den Konzentrationslagern von Lamsdorf und Zossen ein elendes Dasein führen. Ein gewaltiges Kapital landwirtschaftlicher Sachkenntnis und Berufstüchtigkeit liegt in diesen gut deutschen Männern brach. Es ist nicht nur eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes, ihnen in ihrem schweren Unglück zu helfen, es ist auch die Forderung einer gesunden Volkswirtschaft.

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Das Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist nunmehr in zweiter Lesung soweit fertiggestellt, daß man sich nach dem vorliegenden Bericht des 14. Ausschusses ein Bild machen kann. Wir haben seinerzeit über die Entstehung und die ganze Entwicklung des Gesetzes berichtet; auch ist über die Stellungnahme der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu dem Entwurf das Wesentliche mitgeteilt. Als Ergebnis all der langwierigen Beratungen der beteiligten Behörden, Sachverständigen (sowie auch mancher Nicht-Sachverständigen) ist ein Kompromiß zustande gekommen, von dem man nur sagen kann, es muß erst in der Praxis seinen Wert oder Unwert zeigen. Wenn in dem neuen § 2a die aus dem Gesetz erwachsenden Aufgaben an Gesundheitsbehörden übertragen werden, so ist das gewiß zu begrüßen gegenüber etwaigen polizeilichen Befugnissen. Da aber nicht klar ist, welche Behörden nun in Frage kommen und ob nicht letzten Endes bei Widerstrebenden in irgendeiner Form die Exekutive (ob mit oder ohne Schutzmannshelm) eingreifen muß, bleibt die Frage nach der Wirksamkeit dieser noch zu schaffenden Behörden offen. Daß die Reglementierung gefallen ist, entspricht ja der fast allgemeinen Erkenntnis von ihrem Versagen; man hat sich nunmehr bloß auf einen gewissen Schutz Jugendlicher und bestimmte Beschränkungen hinsichtlich des Wohnens der Prostituierten geeinigt. Im übrigen bringt das Gesetz Bestimmungen über den Schutz vor Gefährdung durch Geschlechtskranke, Strafandrohung bei Schädigung des Ehegatten, Verbot der Kurpfuscherei und Fernbehandlung, beschränkte ärztliche Meldepflicht an die Beratungsstellen, Belehrungspflicht des Arztes. Zweifellos wird auch die Meldepflicht an die Beratungsstellen für die Ärzte oft ein schwerer Entschluß sein, trotz der Sicherungen, die gegen unbefugtes Offenbaren geschaffen sind. Andererseits werden die nicht approbierten Heilbehandler bis zur Plenarberatung des Gesetzes nichts unversucht lassen, um Behandlungserlaubnis zu erhalten. Die Kreise, die durch ethische und moralische Einwirkung auf dem fraglichen Gebiet etwas Nennenswertes zu erreichen hoffen (und bei der Beratung kam das natürlich scharf zum Ausdruck), werden mit den Bestimmungen über die Schutzmittel vielleicht nicht einverstanden sein; aber es handelt sich nun einmal um Probleme, die mit Ethik und Moral eben, bisher wenigstens, nicht gelöst sind, so daß man moderne hygienische Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen muß. Man hat das auch hinsichtlich der Überwachung der Ammen, der Kuppelei, des Schutzes der Jugendlichen versucht, und hat vor allem mit dem Ausnahmezustand gegen Frauen (der sogen. doppelten Moral) gebrochen. Alle Kreise wird man natürlich niemals durch ein solches Gesetz restlos befriedigen können, aber anstatt fortgesetzt neuer Vorschläge könnte man mit dem hier Geschaffenen zunächst einen Versuch machen.

Provinz und Nachbarländer.

Eröffnung der betriebstechnischen Wanderausstellung.

† **Jena.** In Anwesenheit von zahlreichen Vertretern der thüringischen Industrie, der Behörden, sowie technischer und wissenschaftlicher Vereine wurde am Sonnabend im Volkshause die betriebstechnische Ausstellung der Arbeitsgemeinschaft deutscher Betriebsingenieure eröffnet, in deren Namen Oberingenieur Fritzsche und Ingenieur Wisotski gehaltvolle Worte über die mit der Ausstellung verbundenen Zwecke sprachen. Im Namen der Stadt Jena begrüßte Finanzdirektor Gries die Anwesenden, während als Vertreter der Karl-Zeiß-Stiftung und der Firma Karl Zeiß das Mitglied der Geschäftsleitung Dr. Ing. Bauersfeld seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß es gelungen ist, die Ausstellung in den Räumen ihres Volkshauses aufzunehmen. An der Wanderausstellung, die dem Fortschritt auf dem Gebiete der Betriebstechnik zu dienen bestimmt ist, beteiligen sich neben der Reichsbahn etwa 80 Großfirmen. An der lokalen Ausstellung sind Firmen aus Jena und anderen thüringischen Städten beteiligt. Die Ausstellung, die aus Nürnburg kommt, bleibt in Jena bis zum 29. Mai. Dann wird sie nach Hannover übergeführt. Ein Rundgang durch die Ausstellung unter Führung von Fachleuten schloß sich an die Eröffnungsfeier an.

Die Milliarden der Stadt Kassel.

† **Kassel.** Man hört neuerdings verschiedentlich von dem Milliardenschatz, der nach dem Testamentsbeschluß der verstorbenen Witwe des aus Kassel gebürtigen englischen Großindustriellen Dr. Ludwig Mond nach Deutschland und zum Teil nach Kassel fließt. Wie vom städtischen Stiftungsamt dazu gemeldet wird, handelt es sich bei den dem Magistrat Kassel vermachten 20000 Pfund, die jetzt etwa 4 Milliarden nach unserer Valuta bedeuten, um eine alte Stiftung, um deren Herausgabe aus englischen Banken sich der Magistrat zurzeit energisch bemüht, um sie der Beschlagnahme oder Enteignung zu entreißen. Die Söhne Dr. Monds sind jedoch ausgesprochene Deutschenfeinde, so daß der Riesenstiftung noch schwere Gefahren drohen.

Ein Menschenleben für einen Hut.

† **Leipzig.** Am Pfingstmontag vormittags 11 Uhr ist der 31 jähr. Schlosser Hübner vor den Augen seiner Ehefrau und seiner Kinder im Alter von 5 und 8 Jahren in der Nähe der Zeppelinbrücke im Kanal ertrunken. Einer Passantin war der Hut ins Wasser geweht worden. Hübner entkleidete sich, sprang ins Wasser und sank, als er fast die Mitte des Kanals und den Hut erreicht hatte, vor den Augen seiner Angehörigen und einer Anzahl Zuschauer in die Tiefe. Seine Ehefrau, die infolge des Schreckens von starken Herzkrämpfen befallen wurde, mußte mit dem Krankenwagen nach ihrer Wohnung gebracht werden. Die Leiche des Ertrunkenen ist trotz peinlichen Ab-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230523-18/fragment/page=0002

suchens des Kanals durch die Feuerwehr und die Mitglieder eines Ruderklubs bis jetzt noch nicht aufzufinden gewesen. H. hat wahrscheinlich einen Herzschlag erlitten oder ist in eines der tiefen Löcher des Kanals geraten.

Die tödliche Pfingstfahrt!

† **Oschatz.** Am zweiten Pfingstfeiertage überschlug sich am alten Wasserturm ein Auto infolge Bruch der Hinterachse. Der Wagen war in voller Fahrgeschwindigkeit an der rechten Straßenseite an einen Erdhaufen gefahren, wurde an einen Kirschbaum geschleudert, an dessen Stamm er sich hochrichtete, und stürzte, sich überschlagend, in den Straßengraben. Das Untergestell wurde vollkommen nach oben gekehrt. Die vier Räder des Wagens, von denen das rechte Vorderrad durch den Anprall brach, ragten in die Höhe. Unter dem Wagen lagen die Insassen begraben. Der Führer des Autos, der Inhaber der Leipziger Stadtkonditorei Otto Winzer konnte man nur als Leiche noch bergen. Er hatte einen doppelten Schädelbruch erlitten. Der andere Insasse, Kaufmann Gratz aus Leipzig hat Quetschungen an der rechten Seite davon getragen. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht aufgeklärt.

† **Plauen.** Das Automobil des hiesigen Gardinenfabrikanten Gustav Langer fuhr am Sonntagabend bei der Heimkehr von Bad Elster unweit des Dorfes Oberlosa beim Nehmen einer scharfen Kurve so unglücklich gegen einen Straßenbaum, daß der Wagen vollständig in Trümmer ging, die Insassen herausgeschleudert wurden und mehr oder minder schwere Verletzungen davontrugen. Außerdem wurden zwei Straßenpassantinnen, die an dem Baume Deckung gesucht hatten, angefahren. Die eine von ihnen, die 17jährige Tochter des Stickmaschinenbesitzers Müller aus Oberlosa, wurde auf der Stelle getötet, während die andere mit schweren inneren Verletzungen gleich den Insassen des Autos ins Plauener Krankenhaus geschafft wurde.

Tumultszenen im Stadtverordnetensaale.

† **Chemnitz.** Im hiesigen Stadtverordnetensitzungssaale ist es zu neuen Skandalszenen durch Tribünenbesucher gekommen. Tribünenbesucher, unter denen viele Erwerbslose waren, verlangten, daß ein von ihnen kurz vor der Sitzung eingebrachter Antrag vor Eintritt in die Tagesordnung beraten werde. Als auf wiederholtes Ersuchen des Oberbürgermeisters keine Ruhe eintrat, wurde die Sitzung auf eine Viertelstunde vertagt. Der Oberbürgermeister forderte gleichzeitig die Tribünenbesucher zum Verlassen der Tribüne auf. Hierauf bogelten die unerhörtesten Schimpfworte, wie „Spitzbuben", „Gesindel", auf das Kollegium nieder und eine Anzahl der Tribünenbesucher zündeten sich Zigarren und Zigaretten an, andere langen die Internationale und wieder andere hoben Stühle und Spucknäpfe hoch in der Absicht, sie in den Sitzungssaal zu werfen. Inzwischen war ein Aufgebot der Sipo eingetroffen, das die Räumung der Tribüne vornahm. Die kommunistischen Mitglieder des Kollegiums traten jedoch mit dem Abteilungsführer in Verhandlungen; der Polizei wurde eine ruhige Räumung der Tribüne in Aussicht gestellt, wenn sie diese zuerst verlasse. Dies geschah und die Tribünenbesucher folgten.

Merseburg und Umgegend.

23. Mai.

Was bringt der neue Fahrplan?

Nun liegen die Änderungen zum Fahrplan-Entwurf sowie die Übersicht über die wegen Streckung der Kohlenvorräte nicht verkehrenden Züge vor. Danach wird

das beschleunigte Personenzugpaar Berlin—Frankfurt,

um dessen Wiedereinsetzung sich der hiesige Verkehrsverein verdient gemacht hat, wieder gefahren. Das beschleunigte Zugpaar, das in Erfurt nach Stuttgart abzweigen sollte, wird dagegen noch nicht verkehren.

Weiter bringt uns der neue Fahrplan den langersehnten

Theaterzug Halle ab 11,40, Merseburg an 12,01 nachts.

Nachdem die Einlegung dieses Zuges endlich erreicht ist, steht zu hoffen, daß eine fleißige Benutzung ihn auch rentabel gestalten. Er verkehrt bis Naumburg.

Von den im neuen Fahrplan vorgesehenen Zügen der Strecke Berlin—Halle—Süddeutschland

verkehren nicht:

D 5 Frankfurt (Main)—Halle ab 5,12 vorm.—Berlin an 8 Uhr.
D 6 Berlin ab 8,50 Uhr abds.—Halle an 11,27—Frankfurt (Main).
Eilzug 127 Saalfeld—Weißenfels ab 9,49 Uhr—Merseburg an 10,13 Uhr, ab 10,15 Uhr abends—Halle,
Eilzug 128 Halle ab 6,20 Uhr—Merseburg an 6,35 Uhr, ab 6,37 Uhr vorm.—Weißenfels—Saalfeld.

Auch die übrige Zuglage ist erheblichen Schwankungen unterworfen, und man wird gut tun, sich vor Antritt einer Reise nach dem 1. Juni genau über den Zugverkehr zu informieren. Wir werden wiederum unsern großen Wandfahrplan herstellen.

*

** **Aus der Stadtverwaltung.** Als Nachfolger für den verstorbenen Stadtrat Tänzer tritt Rentmeister Eichardt als unbesoldeter Stadtrat in den Magistrat ein. Für ihn tritt der nächste Kandidat der deutschnationalen Liste Feuersozietätsinspektor Lohrengel in die Stadtverordnetenversammlung ein.

** **Die Reichssilbermünzen** werden in der laufenden Woche zum 3500fachen Betrage des Nennwertes von der Post und Reichsbank angenommen.

** **Preußische Süddeutsche Lotterie.** Der neue Spielplan der 22. (248.) Preuß.-Süddeutschen Klassenlotterie ist wiederum grundlegend geändert und weist viele Gewinne auf. Die Losezahl, welche ursprünglich um 50 000 erhöht wurde, ist infolge erfolgter Neubestellungen nunmehr auf 880 000 Lose erhöht, mit 343 200 in 4 Klassen verteilten Gewinnen und 4 Prämien im Gesamtbetrage von 19,6 Milliarden Mark. Allein in der Schlußklasse werden über 16 Milliarden Mark ausgespielt. Der größte Treffer im günstigsten Falle ist auf ein Doppellos 1 Milliarde Mark. Bereits die Vorklassen sind mit großen Gewinnen ausgestattet. Hauptgewinn in der 1. Klasse: 10 Millionen; 2. Klasse: 20 Millionen; 3. Klasse: 30 Millionen; 4. Klasse: 200 Millionen u. s. f. Das Ziehungsverfahren ist vereinfacht, so daß die Ziehung der Hauptklasse künftig nur 15 Tage dauern wird.

** **Erhöhte Ordnungsstrafen.** Bisher waren die Gerichte nur in der Lage, Personen, die als Zeugen geladen waren und unentschuldigt ausblieben, mit Geldstrafen bis zu 300 M zu belegen und ihnen gegebenenfalls die durch die Vertagung entstehenden Kosten aufzubürden. Nach dem neuen Geldstrafengesetz können die Gerichte diese Ordnungsstrafen gegen Zeugen zeitgemäß gestalten, und es kann als Zeugen geladenen Personen nur dringend geraten werden, ja nicht unentschuldigt auszubleiben, da es sonst hohe Geldstrafen absetzen kann.

** **Wohnungsbau im Dachgeschoß.** Die Wohnungsnot ist von Jahr zu Jahr schlimmer geworden. Die Zahl der neu errichteten Wohnungen deckt nicht den jährlichen Bedarf. Durch Ausbau von Dachgeschossen, die häufig in früheren Jahren in raumverschwendender Weise angelegt worden sind, können noch manche Wohnungen gewonnen werden. Jetzt geht eine Mitteilung durch die Presse, wonach durch einen Erlaß des Wohlfahrtsministers eine bedeutende Förderung des Ausbaues von Dachgeschoß-Wohnungen zu erwarten sei. Der Minister hat durch einen Erlaß vom 3. März 1923 sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt, daß im Jahre 1923 Dachgeschosse über das baupolizeilich zulässige Maß hinaus zu Wohnungen eingerichtet werden und daß auch gleichzeitig die Benutzungsdauer derartiger Wohnungen von fünf auf zwanzig Jahre, in Ausnahmefällen auch fünfundzwanzig Jahre, erhöht. Eine Befristung überhaupt ist aber nicht geeignet, den Ausbau von Dachgeschossen zu fördern, auch wenn sie mit einem langen Zeitpunkt für die Amortisation des Ausbaukapitals rechnet. Eine derartige Befristung wirkt immer abschreckend, auch auf die unternehmungslustigen Hausbesitzer. Ist die Amortisation des Eigenkapitals des Bauherrn bei einer Befristung schon zweifelhaft, so ist die Möglichkeit, daß die Beihilfedarlehen zurückgezahlt werden, vollkommen ausgeschlossen. Die Gemeinden müssen also nur die Möglichkeit, den Ausbau mit Gemeindezuschüssen aus ihrem Anteil an den Erträgen der Wohnungsbauabgabe zu unterstützen. Diese Stellungnahme des Ministers ist um so auffallender, als unmittelbar nach dem Kriege Reichs- und Landeszuschüsse auch für den Ausbau von Notwohnungen in Dachgeschossen gewährt worden sind.

** **Auch die Bohnen haben stark gelitten.** Es ist zwar eine alte Gärtnerregel, die Bohnen nicht vor Mitte Mai wegen der um diese Zeit noch auftretenden Nachfröste zu legen. Trotzdem haben sich viele Kleingärtner durch die sommerlichen Tage zu Anfang dieses Monats zu ihrem eigenen Schaden dazu verleiten lassen. Die Bohnen sind zwar unter der Wärme rasch aufgegangen, haben aber unter der nachher eingetretenen naßkalten Witterung und den sehr kühlen Nächten stark gelitten. Die aufgegangenen Bohnen haben daher ein gelbes, krankhaftes Aussehen und wachsen nicht von der Stelle. Fachleute sind der Meinung, solche Pflanzen zu entfernen und, sobald sich der Boden wieder erwärmt hat (nicht früher!), von neuem Bohnen zu legen.

** **Angabe von Säuglingsmilch.** Wie wir bereits kurz meldeten, will der Magistrat eine Verkaufsstelle von Säuglingsmilch einrichten und zwar im Hause Markt 5. Die Bezugsberechtigten müssen sich am Freitag und Sonnabend in eine Liste eintragen. (Siehe Amtsblatt.)

** **Bubenhände** haben in der Nacht zum 2. Pfingstfeiertag bei mehreren Hebammen die Namensschilder gewaltsam entfernt. Beobachtungen wolle man an die Kriminalpolizei melden, damit die dummen Jungen auch für den Schaden aufkommen können.

** **Jugend ohne Mut und Kraft!** Nachdem wir erst am Tage vor dem Fest über den Freitod eines jungen Mädchen berichteten, hat nunmehr wiederum ein Dienstmädchen in der Halleschen Straße versucht, durch Einatmen von Gas ihrem Leben vorzeitig ein Ende zu bereiten. Das Mädchen wurde sofort ins Krankenhaus geschafft. Es befindet sich auf dem Wege zur Gesundung. — Ob der Beweggrund zu dem Versuch Schwermut oder Liebeskummer ist, wissen wir nicht. Er zeigt aber die ganze Schwäche eines Teiles der heutigen Jugend, die mit dem Leben nicht fertig wird. Hinein in die Jungmädchen-, die Wander- und Turnvereine, dort weht ein lebensbejahender frischer Geist, der die krankhaften Regungen am besten unterdrückt.

** **Die Liliputaner kommen!** Direktor A. Scheuer berührt auf seiner Gastspielreise mit seiner beliebten Liliputaner-Künstlergesellschaft Merseburg und wird am Freitag, Sonnabend und Sonntag in Beths Gesellschaftshaus gastieren. Den ausgezeichneten Ruf, der dieser Gesellschaft vorausgeht, bestätigt das längere Gastspiel dieser Truppe in Magdeburg im Zentraltheater, in Hannover im Wellins-Theater, im Stadttheater in Halle und im Operettenhaus Braunschweig. Die Liliputaner führen außer theatralischen Aufführungen auch Schlager neuester Operetten auf. Nachmittags findet das Märchen Schneewittchen und die 7. Zwerge statt.

*

Die öffentliche Erstimpfung

der im vorigen Jahre geborenen Kinder fand zum Teil am vergangenen Mittwoch statt, während die übrigen Kleinen am Sonnabend den 26. Mai zur Impfung gebracht werden müssen. Bei der ersten Impfung hat sich ein großer Mißstand gezeigt, der hoffentlich am Sonnabend vermieden wird. Sämtliche Kinder — wohl etwa 200 an der Zahl — wurden zu 3 Uhr nachmittags bestellt. Der Impfarzt konnte natürlich die Kleinen nur einzeln vornehmen und nicht in Kompaniestärke antreten lassen. So zog sich die Impfung bis gegen 6 Uhr hin. Dieser fast dreistündige Aufenthalt in dem von Kindergeschrei erfüllten Saale bedeutete für die Kleinen eine unnötige Beunruhigung und für die Hausfrauen Zeitvergeudung. Es ist doch zweckmäßiger und vermeidet die Erregung berechtigten Unwillens in der Bevölkerung, wenn die Stadtverwaltung die Impflinge zu bestimmten Zeitabschnitten bestellt. — Ein weiterer Organisationsfehler war bei der Anmeldung zur Impfung vorhanden. Die Anmeldenden erhielten wortlos ein Merkblatt, auf dem eine mit Bleistift vermerkte Ziffer stand. Daß die Ziffer die Reihenfolge bei der Impfung bedeutete, wußten die Mütter in 99 von 100 Fällen nicht. Auch das führte zu unnötigen Unzuträglichkeiten.

Es wurde doch nicht zum ersten Male in Merseburg geimpft, so daß man die Lage vorher übersehen konnte. Außerdem soll die Behörde auf gestellte Bestellung der Impflinge ausdrücklich aufmerksam gemacht worden sein. Wir rechnen auf Abstellung des Übelstandes.

*

Nehmt Ruhrkinder auf!

Der zweite Transport der Ruhrkinder trifft morgen — Donnerstag — abend hier ein und wird wiederum eine Nacht in Merseburg bleiben. Die Einwohner, die sich bereit erklärt haben, Kinder für die Nacht aufzunehmen, werden gebeten, sich mit den Quartierbilletten abends 7/9 Uhr am Bahnhof einzufinden, um die Kinder in Empfang zu nehmen. Da noch Quartiere fehlen, werden die Einwohner unserer Stadt gebeten, weitere Anmeldungen im Kreiswohlfahrtsamt oder im Kreislandbund im Laufe des morgigen Vormittags zu bewirken.

*

Ein Merseburger Schupowachtmeister als Landesverräter!

Am Donnerstag hatte sich vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig ein Landesverräter zu verantworten. Von seiner Hundertschaft in Merseburg war der ehemalige Schupo-Wachtmeister Fritz Straub desertiert, um in die Fremdenlegion einzutreten. Er wurde als untauglich befunden und trieb sich nun in Süddeutschland umher. Er versuchte in Stuttgart und Ludwigshafen seine Kenntnisse über Waffenlager bei französischen Offizieren zu verwerten. Die französischen Offiziere versuchten Straub als Spitzel zu benutzen. Diesem Ansinnen widerstand er aber. Am Brenner wurde er verhaftet. Das Urteil des 4. Strafsenats lautete auf 1 Jahr 3 Monate Festung.

*

Dr. Orphal zum Abschied!

Nun verläßt eine bekannte Persönlichkeit nach segensreicher Tätigkeit Merseburg. Als Direktor der Landwirtschaftlichen Winterschule hat Dr. Orphal den Nachwuchs für den Landmannstand herangezogen, ihm stets die hohe vaterländische Aufgabe klar gemacht, die der deutsche Landmann dem Volksganzen gegenüber zu erfüllen hat. Er hat für den Unterricht in der Landwirtschaftsschule die neuesten Erfahrungen auf dem Gebiete der Bodenkultur uns nutzbar gemacht und der Schule zu einem guten Rufe verholfen. Den großen landwirtschaftlichen Verbänden war er stets ein hilfsbereiter und guter Berater. So wird sein Scheiden hier allgemein bedauert. Dr. Orphal geht bekanntlich nach Stettin als Dezernent für das landwirtschaftliche Schulwesen bei der Landwirtschaftskammer für Pommern. Er wird dort auf größerem Gebiete weiter an dem Aufstieg der deutschen Landwirtschaft und des deutschen Volkes mitarbeiten.

In der gestrigen Sitzung des Bauernvereins im „Tivoli" richtete der Vorsitzende Landwirt Friedrich Frauenbort warme Dankesworte an den Scheidenden für die große Unterstützung, die er dem Verein habe zukommen lassen und überreichte ihm ein Ehrengeschenk. Dr. Orphal dankte in bewegten Worten und wünschte dem Bauernverein weiteres Aufblühen. Den Abschluß des Tages bildete ein Zusammensein im Ratskeller, bei dem weitere Ansprachen gehalten wurden.

*

Das Amtsblatt der Stadt Merseburg

enthält in heutiger Ausgabe Bekanntmachungen über die Erhöhung der Gebührensätze des Krankenhauses, die Abgabe von Säuglingsmilch, die Einlösung von Anteilscheinen, Kriegsbarlehen usw.

Devisenkurse.

mittags 1 Uhr	23. 5. 23 Mark (Geld)	22. 5. 23. Mark (Geld)
1 holländischer Gulden	21730	21000
1 belgischer Frank	3190	3050
1 norwegische Krone	—	8850
1 dänische Krone	10750	9950
1 schwedische Krone	14820	14000
1 italienischer Lire	—	2550
1 Pfund Sterling	257180	240000
1 Dollar	**55500**	**53500**
1 französischer Frank	3700	3520
1 Schweizer Frank	10020	9600
1 tschechische Krone	1680	1675
100 polnische Mark	100	102½

Tendenz: schwächer.

Tageskalender.

Mittwoch, 23. Mai.

Probeturnen des Allgem. Turnvereins, des Männer-Turnvereins und des T.-V. Rotkstein. — Künstlermusik im Park-Café. — Ball in der Funkenburg.

Donnerstag, 24. Mai.

Monatsversammlung des G.D.A.

*

Wetterwarte.

B. W. am 24. 5. (Donnerstag): Wolkig, zeitweise heiter, etwas wärmer, Regenschauer, teilweise Gewitter. — 25. 5. (Freitag): Wechselnd heiter und wolkig, strichweise gewitterhafte Regenschauer, Temperatur wenig verändert.

---

§ **Ammendorf-Radewell,** 23. Mai. Der Grubenarbeiter Reinhold Fleck feierte in stiller Zurückgezogenheit mit seiner Gattin im Kreise seiner Kinder und Kindeskinder das Fest der goldenen Hochzeit. Das Jubelpaar erfreut sich allgemeiner Wertschätzung und noch bester Gesundheit.

§ **Burgliebenau** 23. Mai. Die Raupe des Eichenwicklers tritt in den hiesigen Waldungen jetzt wieder recht zahlreich auf. Die Eichen sind vielfach ihres Blätterschmuckes völlig beraubt; an langen Fäden lassen sich die Tiere von den höchsten Wipfeln bis zur Erde herab und ihrer Gefräßigkeit fällt das herrliche Blattgrün völlig zum Opfer; erst der Johannistrieb vermag die Bäume wieder mit Grün zu schmücken. Aber auch die Holzentwicklung leidet durch das Auftreten der Schädlinge.

§ **Lützen,** 23. Mai. Zu der in vergangener Woche hier stattgehabten Wiesenverpachtung waren zahlreiche Bietungslustige erschienen, so daß sich bald ein lebhaftes Geschäft entwickelte. Welche Preise jetzt pro Morgen gezahlt werden, erhellt daraus, daß als Höchstgebot pro Morgen 467 000 M und als niedrigstes 137 000 M bezahlt worden sind.

§ **Lochau,** 23. Mai. Aus der Gemeinde. In der letzten Sitzung der Gemeindevertreter wurde u. a. beschlossen, die Bezüge der Gemeindeschwester zu erhöhen. Ein Schreiben des Ministers über Verbilligung der Begräbniskosten durch Abgabe von Holz in solchen Gemeinden mit derartigen Beständen, Errichtung von Sterbekassen und dergleichen, wurde erwogen, die Frage aber für hiesige Verhältnisse vorläufig zurückgestellt. Die selbständige Errichtung eines Postens für Erwerbslosenfürsorge wurde abgelehnt und der Gemeindevorsteher ersucht, diese Angelegenheiten selbst zu führen. Dem Ersuchen, die Umzugskosten der Bezirkshebammen auf die Gemeindekasse zu übernehmen, wurde stattgegeben, ebenso die der Gemeinde für Wohlfahrtszwecke überwiesenen Holzbestände, 4 Rm. Scheit und 5 Reisighaufen, im Betrage von 26 000 M. Nach verschiedene andere Fragen fanden Besprechung und Erledigung.

§ **Raßnitz,** 23. Mai. Bereiteter Einbruch. Diebe versuchten kürzlich nachts bei dem Fahrradhändler Meyer hier einzubrechen. Das Vorhaben wurde noch rechtzeitig bemerkt und der Einbruch vereitelt, indem die Einbrecher schleunigst das Weite suchten.

§ **Schkeuditz,** 23. Mai. In der Nacht zum Sonnabend ist versucht worden, die Blitzableiterspitzen der neuen Stadtschule zu stehlen. Die Diebe sind an der Erdleitung des Ableiters hinaufgeklettert, haben oben auf dem Dach ein Stück First abgehoben, einen der ungefähr 4 Meter hohen Stäbe umgebogen und die Spitze angesägt. Dabei müssen sie festgestellt haben, daß statt des erhofften Platin nur Kupfer vorhanden war und so ließ man davon ab, die Spitzen zu stehlen. — Aus dem Döblerschen Gerätetschuppen in der Molkestraße sind von bisher unbekannter Hand etwa 10 Zentner Rhabarberwurzeln gestohlen worden. Die Wurzeln sollten getrocknet und als Arzneikräuter Verwendung finden. Dem Bestohlenen erwächst ein beträchtlicher Schaden. — Am 2. Pfingstfeiertag mittags stürzte sich ein hier zu Besuch weilendes junges Mädchen aus Liebeskummer in die Elster. Die Lebensmüde konnte von zwei tatkräftigen jungen Herren aus Schkeuditz, die zufällig in der Nähe ruderten, dem nassen Element wieder entrissen werden. Sie wurde sofort dem Krankenhaus „Bergmannswohl" zugeführt, wo sie nach einiger Zeit das Bewußtsein wieder erlangte und sich den eingezogenen Erkundigungen zufolge, bereits außer Lebensgefahr befindet.

Mücheln und Umgegend.

‡ **Neumark,** 23. Mai. Zu dem Bericht über das verlaufene Schützenfest sei zur Ergänzung bemerkt, daß auch die Schützen von Lauchstädt in ansehnlicher Zahl vertreten waren, die in jeder Beziehung ihren Mann stellten.

‡ **Querfurt,** 23. Mai. Kassenraub. Am 1. Pfingstfeiertag vormittag wurden beim Bäckermeister Siegel, Leberberg, aus der Ladenkasse 175 000 M geraubt. Als Täter wurde der 16jährige C. L. Leberberg ermittelt, der zuerst leugnete, dann aber gestand und 100 000 Mark, die er in einer Scheune versteckt hatte, wieder herbeibrachte. Der Dieb betrat durch die Haustür den Laden, angeblich um Brötchen zu kaufen. In einem unbewachten Augenblick nahm er das Geld zu sich und verschwand damit.

Lauchstädt und Schafstädt.

⊙ **Lauchstädt,** 23. Mai. Diebstähle überall. Vor einiger Zeit, wie auch wieder in den letzten Tagen, wurden vom Schießstand des hiesigen Bürger-Jäger-Vereins eine Anzahl Pfähle von dem Schießstand gestohlen.

⊙ **Lauchstädt,** 23. Mai. Am 1. Pfingstfeiertag spielte die hiesige I. Mannschaft gegen Sportbrüder II-Halle, bei welchem Spiel Lauchstädt mit 7:1 siegte. Das Knabenspiel gegen Wacker-Halle (beide Schülerabteilungen) endete mit 2:1 zugunsten Wackers.

⊙ **Lauchstädt,** 23. Mai. In diesem Jahre feiert der hiesige Bürger-Jäger-Verein sein 80jähriges, nicht, wie bereits erwähnt, sein 75jähriges Jubiläum. Wir kommen noch besonders darauf zurück.

⊙ **Lauchstädt,** 23. Mai. Wir hatten vor einigen Tagen berichtet, daß die an der Straße nach Cracau stehenden Kirschbäumchen von Rubenhänden abgebrochen worden sind. Zur Beruhigung der Friseusen können wir heute mitteilen, daß durch die Ermittelungen des Oberschäfers Busse hierselbst die Täter ermittelt sind. Es kommen ein Schachtarbeiter und ein Stellmacher aus Clobicau als Täter in Frage.

⊙ **Klein-Lauchstädt,** 23. Mai. Am 21. d. M. feierten die Friedrich Rudolphschen Eheleute das Fest der silbernen Hochzeit. Bemerkt sei noch, daß der Ehemann seit 53 Jahren im Dienst des Amtsrats v. Zimmermann steht. Nachträglich unseren herzlichsten Glückwunsch!

⊙ **Burgstaden,** 23. Mai. Der hiesige Turnverein „Gut Heil" begeht sein diesjähriges Stiftungsfest mit größeren Festlichkeiten.

⊙ **Deliz a. B.,** 23. Mai. Ein Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zum 21. Mai in die Scheune des Amtsrats v. Zimmermann versucht. Die raffinierten Diebe arbeiteten mit einem Schweißapparat, durch den sie die Schlösser durchschmolzen. Die erhoffte Beute, das in der Scheune lagernde Getreide, konnten sie jedoch nicht mitnehmen, da sie anscheinend gestört wurden.

⊙ **Rockendorf,** 23. Mai. Die Diebe, die in der Pfingstnacht bei dem Mühlenbesitzer Kleinig hierselbst einbrachen und Lebensmittel stahlen, sind durch Landjäger Regel-Reukirchen ermittelt und festgenommen worden.

Vermischte Nachrichten

Staatsfeindliches aus der Tschechoslowakei. — Die Kulturschande!

„Als Richter für die Hunde sind durchwegs Herren aus dem Tschechischen Reiche bestellt", so klagt das Organ der nationalen tschechischen Bewegung. Der Tschechoslowakische Jagd- und kynologische Reichskongreß mit dem Sitze in Prag veranstaltet nämlich am 20. und 21. Mai eine Ausstellung reinrassiger Hunde unter dem Protektorate der tschechischen Sektion des Landeskulturrates, und dieser Kulturrat hat obige Kulturschande verübt.

* **Amerikana!** Ein Hamburger Musikpädagoge erhält aus Amerika von einer Dame einen Brief mit der Bitte, ihr ein paar Noten zu senden. Sie fügt den Prospekt, nach dem sie gewählt hat, bei und außerdem einen Zehnmarkschein. Die Dame wünscht vier Notenhefte, die zusammen 8,50 M kosten; blieben für Porto 1,50 M. Eine Rechnung, die man sich gefallen ließe, wenn nicht eben inzwischen der Krieg gewesen wäre, denn der Prospekt stammte aus der Vorkriegszeit. Wie wenig muß diese Amerikanerin sich um die Politik kümmern!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230523-18/fragment/page=0003

Zeitglossen.

Am 22. April tagte in Herfurth der „Deutschnationale Arbeiterbund für das östliche Westfalen". Er fandte folgende Entschließung an die deutschnationale Fraktion des Reichs- und Landtages, insbesondere an die deutschnationalen Abgeordneten Westfalens: „Die Fraktion wird von der Tagung beauftragt, sich für die Durchführung eines Gesetzes für Heimstättenwesen demnächst einzusetzen. Im Jahre 1920 ist vom „Ständigen Beirat für Heimstättenwesen", dem auch die deutschen Spitzengewerkschaften angehören, ein „Entwurf eines Gesetzes über den leichteren Erwerb und besseren Gebrauch des deutschen Bau- und Wirtschaftslandes (Bodenreformgesetz)" der Regierung vorgelegt. Dieser Entwurf ist vom 700 000 Unterschriften gestützt worden. Leider ist bisher zu dieser wichtigen sozialen Frage weder von der Regierung noch vom Reichstage Stellung genommen worden. Die Tagung bittet daher die Fraktion dringend, zu diesem Entwurf Stellung zu nehmen und ihn demnächst im Reichstage zum Antrage erheben zu wollen."

Sie hat etwas Tragisches an sich, diese Bitte deutschnationaler Arbeiter. Sie haben gewiß eine freundliche, beruhigende Antwort von der Fraktionsleitung erhalten, die gar nicht daran denken darf, den Bodenreformgedanken zu unterstützen. Aber diese ehrlichen Westfalen wissen das nicht und erfahren das nicht. Auch ihnen brennt die Heimstättenfrage auf der Seele — und dabei dienen sie einer politischen Partei, der diese Frage ein Dorn im Auge ist! — Leider ist diese Erscheinung keine Einzelheit.

Vermischte Nachrichten.

Der falsche Militärattache.

Vorschußschwindel im großen betreibt ein elegant und sicher auftretender Mann, der sich Militärattache Kapitänleutnant a. D. Gerhard v. Voß nennt. Er besucht in der Provinz namentlich Banken, Großindustrielle und Gutsbesitzer und spiegelt ihnen vor, daß er vom Auswärtigen Amt beauftragt sei, für eine Broschüre gegen die Schuldlüge zu werben. Seine Werbeformulare, die gefälscht sind, tragen u. a. den Aufdruck „Auswärtiges Amt". Er erweckt auch den Anschein, als ob er mit diesem Amt in guter Verbindung stehe, auch mit anderen Regierungsstellen. Sein ganzes Äußere, seine feinen gesellschaftlichen Formen verschaffen ihm leicht Vertrauen. Der Schwindler verspricht die Zusendung der Broschüre, die im In- und Auslande in größtem Umfange verbreitet werden solle, streicht große Vorschüsse ein, quittiert darüber und läßt nichts mehr von sich hören. Wie breit er ist, zeigt ein Vorfall in einer Provinzstadt. Hier erregte er Verdacht und wurde festgenommen, entrüstet berief er sich auf einen früheren Kammerherrn in der Stadt und setzte es durch, daß ihm zur Feststellung seiner Persönlichkeit ein Beamter zu dem Kammerherrn mitgegeben wurde. Bei diesem war er vorher schon gewesen und auch ihn hatte er um einen Vorschuß betrogen. Er wußte aber das Gespräch so geschickt einzufädeln und zu leiten, daß der Beamte zu der Überzeugung kam, er stehe mit dem Kammerherrn auf vertrautem Fuße. — So kam er wieder frei und verschwand schleunigst aus der Stadt, um anderswo seine Schwindeleien fortzusetzen.

* **Das Dienstmädchen als Dollarprinzessin.** Die Dollarmillionärin spielte eine elegant gekleidete junge Dame, die sich Ellen Franck oder Ellen Mille nannte und in Berlin wohlhabende Bekanntschaften suchte und fand. Ihnen erzählte sie, ihre Eltern, die in Süd-Amerika große Farmen besäßen, hätten sie zur Vollendung ihrer medizinischen Studien nach Berlin geschickt. Sie erwähnte gelegentlich, daß sie einen Monatswechsel von 50 000 Dollar beziehe, und ließ auch durchblicken, daß es ihren Eltern, die selbst aus Deutschland stammten, nicht unangenehm sein würde, wenn sie hier eine Verbindung für das Leben fände. Mehrere vertrauensselige Herren ließen sich im Hinblick auf die Heirat und die Millionenfarmen bewegen, der Dame mit Darlehen von 100 000 M bis zu einer halben Million auszuhelfen. Dann hörten und sahen sie nichts mehr von der Südamerikanerin. Beamte der Polizei, die auf sie fahndeten, trafen sie gestern im Westen der Stadt, nahmen sie fest und entlarvten sie als eine 28 Jahre alte Margarete Ebhardt, ein Dienstmädchen aus Tempelhof, das seit geraumer Zeit keine Stellung hatte und von den Schwindeleien einen guten Tag lebte.

* **Haifisch-Offensive gegen die englische Küste.** In der letzten Zeit wurde an der englischen Küste die Anwesenheit zahlreicher Haifische bemerkt, die unter der Fischerbevölkerung großen Schrecken bereiteten und bereits große Verluste verursacht haben. Kürzlich ist es, wie aus London gemeldet wird, gelungen, eines dieser Riesentiere zu erlegen, das 6 Meter lang war und 3000 Kilogramm wog. Aus den Fischerkreisen ist man an das Unterstaatssekretariat für Handelsmarine herangetreten, um dieses zu veranlassen, daß Schutzmaßnahmen getroffen werden.

* **Das Dorado der Räuber.** Rund tausend chinesische Räuber aus Hunan sind, wie Reuter aus Hankau meldet, in der Umgebung der Stadt erschienen, als Preis ihres Abzuges forderten sie 150 000 Dollars und die Lieferung von Munition. Die Bewohner haben die Forderungen der Räuber abgelehnt. Die Ausländer sind in großer Sorge und erwarten Unruhen. Jeder Zug der Strecke Peking—Hankau führt einen Panzerwagen mit 40 Soldaten und Maschinengewehren. Der chinesische Dampfer „Taifun" ist auf der Fahrt von Kanton nach Schanghai von Seeräubern überfallen worden. Den Seeräubern fielen dabei 60 000 Dollars in die Hände. Sie verließen am folgenden Tage das Schiff und fuhren auf einem Fischerfahrzeug davon.

* **Die genehmigte wilde Ehe in Sachsen.** Der sächsische Minister Lipinski hatte seinerzeit bekanntlich die Konkubinatsbestimmungen aufgehoben, die jetzt wie folgt erweitert worden sind: Vor Erörterung von Anzeigen ist zu prüfen, ob ein ernstes, sittliches, öffentliches Ärgernis und nicht bloß eine auf persönlicher Mißstimmung, Ränkerei und Gehässigkeit beruhender Anstoß an dem ehelosen Zusammenleben genommen wird.

* **Von den Weltboxmeistern.** Wie die Weltboxmeister nach Erhalt ihrer kolossalen Prämien wirtschaften, mögen folgende Zeilen beleuchten: Jack Johnson, der Neger und Besieger von Jeffries im Jahre 1908, ließ sich lebensgroß in Öl malen und einen ½ Meter breiten Goldrahmen darum bauen, verpraßte den Gewinn in Kabaretts und Bars und verlor den Rest in Beleidigungsprozessen gegenüber weißen Frauen. Carpentier besitzt eine große Aluminiumfabrik in Paris, und recht wirkungsvoll sieht man in der Reklame die typische Vorstellung Carpentiers und darunter in großen Lettern den Text: „Carpentier combat! — la vie chère".

* **Ein eigenartiger Stapellauf.** In Husum waren aus Emden mit der Bahn zwei je 16 000 Pfund schwere Pontons für die Bagger beim Sylter Dammbau eingetroffen, die zu schwer waren, um sie mit dem Kran zu Wasser zu lassen. Die Pontons wurden daher auf Buschschienenlager, die an den Gütergleis herangebaut wurden, an die Hafenmauer herangeschoben, von wo sie dann mehrere Meter tief in den Hafen hinausgestoßen wurden. Die Pontons legten sich aber, wie richtig berechnet war, sofort wagerecht auf den Wasserspiegel.

Kunst — Literatur — Wissenschaft.

ℰ **Der Steuerabzug ab 1. Juni 1923.** Eine naturgemäße Folge der Geldentwertung ist eine entsprechende zahlenmäßige Erhöhung der Gehälter. Gemäß diesem Steigen sind auch die Summen erhöht worden, die beim gesetzlichen Steuerabzug als steuerfrei gelten. Genaue Zahlen gibt uns der „Lohnschlüssel für 1923", eine übersichtliche Tabelle, die infolge ihrer leichtverständlichen Gebrauchsanweisung für jeden Arbeitgeber recht erleichternd und nutzbringend ist. Wir können den Lohnschlüssel unsern Lesern bestens empfehlen. Verlag Reinhold Kühn A.-G., Berlin SW 68, Kochstraße 5. Preis vorläufig bis 26. Juni 750 M, zuzüglich Nachnahmebelesen.

ℰ **Georg Graf von Hertling.** Die Bekenntnisse des hl. Augustinus. 48. Tausend. Freiburg i. B. Verlagsbuchhandlung Herder. Brosch. 3,40, geb. 4,20 M (mit Schlüsselzahl multipliziert).

Graf Hertling, der Philosoph, Minister, Professor und Kanzler, der feingeistige Scholastiker, hat eine schöne, in künstlerisch feines Deutsch übertragene Ausgabe der Augustinischen Konfessionen veranstaltet, die seit 1905 das 48. Tausend erreicht hat. Die Ausgabe ist nicht nur äußerlich durch ihr hübsches leichtes Reiseformat bei wohltuend großem Frakturdruck sehr sympathisch. Die Gelehrsamkeit und der Kunstsinn des Übersetzers machen uns dies große Werk der Weltliteratur wirklich lesbar. Dabei ist das Buch in keiner Weise mit Anmerkungen belastet. Nur die Bibelstellen sind in zurückhaltender Weise bezeichnet. So wirkt es in seiner ganzen Zeitlosigkeit.

ℰ **Der Heimatdienst.** Mitteilungsblatt der Reichszentrale für Heimatdienst. Jahrg. III, Nr. 5. Das neue Heft dieser ausgezeichneten Zeitschrift enthält folgende Aufsätze: Der Notenwechsel. — Vergewaltigung des Rechts! — Frankfurt und Versailles. — Das neue Mieterschutzgesetz. — Reparationskalender u. d. a. m. (Kommissionsverlag des Heimatdienstes.)

Leitung: Franz Rößner.
Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil, Kunst und Literatur; Franz Gomm für Provinz, Lokales, Volkswirtschaft, Vermischtes und Sport; Kurt Rößner für den Anzeigen- und Reklameteil, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Str. 85.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.
Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Dixin das dankbare Seifenpulver
ist sparsam im Gebrauch und billig.
ALLEINIGE HERSTELLER:
HENKEL & CIE., DÜSSELDORF

Anzeigen.
Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Aufgeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Kirschen-Verpachtung.
Sonnabend, 26. Mai, nachm. 5 Uhr werden im Gasthaus zu Göhlitzsch die der Gemeinde gehörigen Kirschen öffentlich meistbietend verpachtet.
Der Gemeindevorsteher.

Der diesjährige
Kirschenanhang
soll Sonnabend, den 26. Mai d. Js., nachmittags 3 Uhr im Meusel'schen Lokale öffentlich meistbietend verpachtet werden. Bedingungen im Termin.
Klein-Kayna, den 18. Mai 1923.
Der Gemeinde-Vorsteher.

Sonnabend, den 26. Mai d. J., nachmittags 6 Uhr findet im Bergerschen Gasthof zu Schkopau der Verkauf der diesjährigen
Grasnutzung
von etwa 8 Morgen Wiese, den Korkischen Erben in Schkopau gehörig, öffentlich meistbietend statt.
Bedingungen im Termin.
Albert Franke,
beeidigter Auktionator.

Gute Belohnung
Junges Ehepaar sucht 2 leere Zimmer, evtl. möbl. mit Kochgelegenheit. Angeb. unter 1420 a. d. Exp.

Jg., kinderloses Ehepaar sucht für sofort oder später
1 bis 2 leere Zimmer (evtl. möbliert) mit Kochgelegenheit
geg. größere Entschädigung. Ang. u. 1425 a. d. Exp. d. Bl.

Schlafstelle sofort gesucht
Zahle pro Woche 10000 M. Ang. unt. 1422 a. d. Exp.

Darlehn
300 000.—, 500 000.— M. gegen bebautes Feld und Möbelsicherheit verzinsbar, von Beamten gesucht. Ang. u. 1423 an die Exp. d. Bl.

1—10 Millionen
möglichst aus Privat gegen Möbelsicherheit auf mehrere Jahre zu leihen gesucht. Ang. unt. 1424 a. d. Exp.

Für die uns zu unserer Vermählung erwiesenen Gratulationen und Geschenke sagen wir hierdurch allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren
herzlichsten Dank!
Otto Pöritz und Frau
Selma geb. Dieter.
Spergau im Mai 1923.

Statt Karten.
Für die uns zu unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten und Gratulationen sagen wir Allen unsern herzlichsten Dank.
Gustav Hilliger und Frau
Else geb. Bloßfeld.
Naundorf, im Mai 1923.

Für die uns an unserer **Hochzeit** dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir auf diesem Wege unsern innigsten Dank.
Fritz Albrecht und Frau.
Braunsdorf, den 20. Mai 1923.

Optikermstr.
Fischer
MERSEBURG, Markt 24,
Fachmann für wissenschaftlich richtige Augengläser
Erstes optisches Spezial-Geschäft am Platze

Gold-
Silber-, Platinbruch Gegenstände, Zahngebisse, Brennstifte. kauft
v. Heeringen, Oelgrube 7.

1 einf. Kindersportwagen zu kaufen gesucht. Ang. mit Preis u. 1428 a. d. Exp.

Militär-Tornister
kauft. Angeb. mit Preis unter 1726 an die Exp. d. Bl.

Piano
kauft höchstzahlend bei sofortiger Kasse
Weidner, Magdeburg
Bahnhofstr. 20. Tel. 2958.

Gut erhaltene Betten mit dazu gehöriger Wäsche, ferner Tischwäsche sowie gut erhaltene, moderne Schlafzimm.-Einrichtung, alles für eigenen Gebrauch zu kaufen gesucht. Strengste Diskretion zugesichert. Ang. unt. 1421 a. d. Exped.

Gehrockanzug i. sch. anne Figur, fast neu, zu verkaufen Damaschkestraße 27.

Küchen-Einrichtung
billig zu verkaufen. Wo, sagt die Exped. d. Bl.

Plüsch-Sofa, 2 Sessel, Salontisch, gr. Spiegel
preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

1 Satz Handwagenräder und 1 Rollwagenrad
zu verkaufen Rosental 7.

Ein gut erhaltenes
Fahrrad mit Freilauf
zu verk. 3. erfr. i. d. Exp.

Verkaufe:
1 Original „Gecu" Karabiner, Mod. 19, Kal. 22, Long-Rifle, 6 mm, gez. Lauf, neu, eingeschossen, 1 gut fing. Stieglitz mit neuem Bauer. Preisangebote unter 1427 an die Exped. d. Bl.

1 Läuferschwein
zu verkaufen
Leipziger Straße 76.

Läuferschwein
sucht zu kaufen
Lenna Nr. 32.

Eine hochtragende Ziege und ein einjähriges Ziegenzickel verkauft Wende, Kötzlsdorf.

Deutsch. Schäferhündin mit vier Jungen
zu verkaufen
Klein-Kayna Nr. 23.

2 blaue Wiener (Rasse) mit Stall zu verkaufen oder geg. Legehuhn zu tauschen. Wo, sagt die Exped. d. Bl.

Eine Glucke
mit 7 Küken zu verkaufen
Lutzenstraße 22.

6 Stück kleine Gänse
zu verkaufen
Corbetha (b. Schkopau) 47.

1,3 porzellanfarb. Zwerghühner zu verkaufen
Gr.-Kayna, Mittelstr. 10.

Einen
Geschirrführer
sowie
einige Mädchen
für Garten- und Feldarbeit gesucht
Feit, Neuschauer Mühle

Suche für sofort ehrliches, fleißiges **Mädchen,**
zum 1. 6. ja., ehrl., fleißigen
Haus-Burschen
von auswärts.
Konditorei Eskner.

Älteres, selbständiges
Mädchen
bei hohem Lohn gesucht. Dipl.-Ing. Göppinger, Neu-Rößen, Sachsenstr. 3.

Jüngeres Mädchen
f. kl. Haushalt z. 1. Juni gesucht. Zu erfr. i. d. Exp.

Frauen
zum Hacken gesucht.
Zuckoff, Neumarkt 42.

Aufwartung gesucht
Mencer, Annenstraße 1.

Zur gefälligen Beachtung!!
Alle Anzeigen-Aufträge müssen deutlich geschrieben sein. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts braucht für Druckfehler in einer Anzeige, die infolge unleserlicher oder undeutlicher Schrift entstanden sind, kein Ersatz geleistet zu werden.
Für Irrtümer in telephonisch aufgegebenen Anzeigen lehnen wir jede Haftung ab.
„Merseburger Korrespondent"
Nebenausgabe:
„Schafstädter Zeitung".
Anzeigen-Abteilung

Nur 1 Tag! Nur 1 Tag!
Zum ersten Male im Merseburger „Tivoli" am 26. Mai abends 8 Uhr
Auftreten des unerreichbaren
Zauberers, Illusionisten, Hypnotiseurs und Gedankenlesers
William Marsini
mit seinen auf der ganzen Welt allein dastehenden mysteriösen Experimenten und Zauberwundern.
Alles staunt über
„Phänom"
das Rätsel des 20. Jahrhunderts.
Vorverkauf nur im „Tivoli". Einlaß 7 Uhr.

Modeschau, Kunst, Grazie, Humor bewundern Sie im
Theater der 20 Liliputaner
Freitag, den 25., Sonnabend, den 26. und Sonntag, den 27. Mai, 8 Uhr abends, in Merseburg, Beth's Gesellschaftshaus.
Lustspiel- und Operettenabend.
Erfolg über Erfolg! Erfolg über Erfolg!
Rentje Bollé der Reureiche.
Direktor: A. Scheuer.
15 Bühnenkünstler. Kapellmeister: K. Giesecke.
Sterne erster Größen sind hierzu in einem Programme vereint, welches die Zuschauer von Anfang bis Ende fesselt.
Freitag nachmittag 4 Uhr.
Märchenspiel der Liliputaner:
„Schneewittchen und die sieben Zwerge".
4 Akte (9 Bilder) Vorgestellt mit richtigen Zwergen.
Noch niemals haben Auge und Ohr in einem so reinen Freudenempfinden gestanden, wie bei den Aufführungen der 20 Liliputaner.
Sonntag 4 Uhr: „Froschkönig".
Abend-Karten im Vorverkauf: Tiefer Keller 4 von 300—2000 Mk. bis am Spieltag nachm. 5 Uhr.

Kleine Anzeigen finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".
(Nebenausgabe „Schafstädter Zeitung.")

Ungeheuer
ist der Erfolg von Schuhputz
Nigrin-Extra,
welcher die Welt im Fluge erobert hat.
Schwarz, braun, gelb und weiß.

Säuglingsfürsorge
findet Freitag nachmittag 5 Uhr im Gasthof Tänzer, Rössen, statt. — Vorsichtshalber letztmalige Zuckermarkenausgabe für verbilligten Säuglingszucker. Kinder oder Ausweise sind mitzubringen. Gleichzeitig Ausstellung von Stillbescheinigungs-Unterschriften
Kreisfürsorgerin Schwester Hedwig.

Hallesches Kunstleben.
Stadttheater
Mittwoch, 23. Mai, 7½ Uhr: Die Königin von Saba.
Donnerstag, 24. 5., 7½ Uhr: Das vierte Gebot.
Freitag, 25. Mai, 7½ Uhr: Schwarzwaldmädel.
Sonnabend, den 26. Mai: Unbestimmt.
Sonntag, 27. Mai, 2½ U.: Geschlossene Vorstellung! Die Königin von Saba.
Sonntag, 27. Mai, 7½ Uhr: Schwarzwaldmädel.
Montag, 28. Mai, 7½ Uhr: Von morgens 5, mitternachts. Stück in 2 Teilen von Georg Kaiser.

Post-Gebühren
mit Abänderungen ab 1. Apr. übersichtl. zusammengestellt hält vorrätig
Buchdruckerei Th. Rößner, Merseburg, Kl. Ritterstr. 8.

Warnung!
Erst jetzt ist mir zu Ohren gekommen, daß ein gewisser Karl Erd aus Karlsruhe (zuletzt in Lossa aufhältlich gewesen) auf meinen Namen vorgab oder unreelle Geschäfte abzumachen versucht, natürlich ohne meine Kenntnis.
Ich warne jedermann, demselben etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme.
Hermann Dieter,
Lauchstädt.

Gld. Knotenbrosche gefund.
Abzuholen bei Wagner, Kleine Sixtistraße 13.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230523-18/fragment/page=0004

Der Haushaltsplan des Landkreises.

Erhöhte Wohnungsbauabgabe. — Errichtung einer Kreisbank. — Neuregelung des Bestattungswesens.

Aus den Kreistagsvorlagen.

Dem am 29. Mai zusammentretenden Kreistage des Merseburger Landkreises liegt eine Tagesordnung von 36 Punkten vor, die Hälfte davon beziehen sich auf Wahlen; aus den übrigen Vorlagen geben wir kurz das Wichtigste wieder.

Der Haushaltsplan des Landkreises.

Schuldenfrei. — Fehlbedarf rund 465 Millionen Mark.

Die Folgen der Geldentwertung sind nicht ohne Wirkung auf die Finanzgeschäfte des Kommunalverbandes geblieben. — Der dem Kreisausschuß vorzulegende Haushaltsplan schließt ab mit 682 400 000 M. Die Endsumme entspricht ungefähr dem 1298 fachen des Betrages des letzten Voranschlages der Vorkriegszeit (1914), der mit 525 400 M abschloß. Berücksichtigt man, daß die Teuerung gegenwärtig mehr als das 5000 fache gegenüber der Vorkriegszeit beträgt und daß der Kommunalverwaltung seit jener Zeit ganz erhebliche Mehraufgaben zugewiesen worden sind, so dürfte sich ohne weiteres ergeben, daß die Ansätze im Haushaltsplan durchweg als bescheiden angesehen werden müssen. Hervorgehoben seien nur folgende Einzelheiten:

1. Ausgabe: Sämtliche Schulden konnten im letzten Rechnungsjahre getilgt werden. Die Provinzialsteuern sind von 150 000 M vor dem Kriege auf 242 000 000 M, also um mehr als das 1600 fache gewachsen.

2. Einnahme: Das Aktienkapital ist gegen das Vorjahr erheblich vermehrt worden. Die erforderlichen Mittel sind durch den teilweisen Verkauf von Aktien der Landkraftwerke gedeckt worden. Aus dem erzielten Überschuß konnten außerdem die Kreisschulden abgestoßen werden. Der Kreisausschuß empfiehlt, den Fehlbetrag auf 464 725 842 M festzusetzen und nachstehender Verteilung auf die kreisangehörigen Gemeinden und Gutsbezirke zuzustimmen:

a) 3 470 098 M werden im Verhältnis der den Gemeinden im Rechnungsjahr 1922 überwiesenen Anteile an Reichseinkommensteuer, Lohn- und Körperschaftssteuer umgelegt. Der Betrag entspricht den Zuweisungen an die Gemeinden im Rechnungsjahr 1921;

b) der Rest des Fehlbetrages wird auf die vom Staat veranlagten Realsteuern umgelegt mit der Maßgabe, daß die Grundsteuer und Gewerbesteuer Klasse 1 zehnmal und die Gewerbesteuer Klasse 2 fünfmal so stark belastet werden als die Gebäudesteuer, Gewerbesteuer Klasse 3 und 4 und Betriebssteuer.

*

Landkreis und Wohnbautätigkeit.

Vier Punkte nehmen auf die Förderung des Wohnungsbaues Bezug. Der bedeutsamste ist die

Neuregelung der Wohnungsbauabgabe.

Nach dem Gesetz wird den Gemeinden und Gemeindeverbände zur Pflicht gemacht, Zuschläge in Höhe von 1500 v. H. des Nutzungswertes zu erheben. Diese Höhe reicht jedoch nicht aus, um eine wirksame Förderung des Wohnbaues durchzuführen. In Besprechungen beim Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten über geeignete Maßnahmen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues hat sich ergeben, daß die erhebliche Steigerung der gemeindlichen Zuschläge zur Wohnungsbauabgabe nötig ist. Einige Vertreter der Städte forderten einen Höchstsatz bis zu 20 000 Prozent. Gleichzeitig wurde angeregt, in den Gebieten gleichgearteter Wirtschaftsverhältnisse sollten sich die Gemeinden und Gemeindeverbände sich auf einen gleichmäßigen Zuschlag einigen, damit nicht durch örtliche Gegensätze die durch die Wohnungsbauabgabe angestrebte Förderung der Wohnbautätigkeit verhindert wird. Der Kreistag soll daher die Neufestsetzung der gemeindlichen Zuschläge beschließen und den Kreisausschuß ermächtigen, einer etwa durch Verhandlungen mit den benachbarten Städten und Kommunalverbänden für einen größeren Bezirk festzusetzenden einheitlichen Wohnungsbauabgabe zuzustimmen.

Weiter schlägt der Landrat dem Kreistag den **Beitritt des Kreises zur Preußischen Landespfandbriefanstalt** mit einer Stammeinlage von etwa 1 Million Mark vor. Durch die Gründung dieser Anstalt soll die Beschaffung des Kredites für die Bautätigkeit erleichtert werden. Durch die Beteiligung des Kreises ist es möglich, die größere Berücksichtigung der Kreditbedürfnisse für Bautätigkeit innerhalb des Landeskreises günstiger zu beeinflussen.

Erhöhung des Geschäftsanteils bei der Merseburger Rentengutsgesellschaft.

Für das laufende Jahr plant die Gesellschaft den Bau neuer Häuser im Gemeindegebiet von Großlehna und Papitz. Infolge der beschränkten Mittel konnte aber die Bautätigkeit nicht im notwendigen Umfange vorgenommen werden. Der Kreistag soll neue Anteile von 1 000 000 M übernehmen.

Gleichfalls soll die **Stammeinlage bei der Mitteldeutschen Heimstätte auf 1 Million Mark** erhöht werden.

*

Einen breiten Raum nimmt unter den Vorlagen die

Errichtung einer Kreisbank

ein. Die Sparkassen sind nach ihrer geschichtlichen Entwicklung Anstalten zur Ansammlung und Verwertung von Ersparnissen der kleinen Leute und in zweiter Linie zugleich Kreditanstalten. Durch die Umstellung aller wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Kriegs- und Nachkriegszeit sind die Sparkassen entscheident beeinflußt worden. Sie wurden immer mehr zur Regelung von Kreditgeschäften in Anspruch genommen. Wie andere Kreise hat auch der Landkreis eine besondere Bankabteilung der Sparkasse angegliedert. Nach dem vorläufigen Ergebnis für 1922 schließt diese mit einem Überschuß von 2¼ Millionen Mark ab, während die Sparabteilung voraussichtlich eines Zuschusses von 1½ Millionen Mark bedarf.

Will der Kommunalverband aus seinem Geldinstitut Nutzen ziehen, so muß unbedingt eine den Zeitverhältnissen Rechnung tragende Einrichtung geschaffen werden, die die im Wirtschaftsleben des Kreises notwendige Regelung des privaten und kommunalen Geldverkehrs übernehmen kann. Als geeigneter Weg erscheint die Umbildung der der Kreissparkasse angegliederten Bankabteilung in eine Kreisbank. Hierdurch würde erreicht werden, daß sich die aus der gegenwärtigen Regelung des Geldverkehrs ergebenden Vorteile privater Unternehmungen mit der Sicherheit und Gemeinnützigkeit öffentlich-rechtlicher Einrichtungen vereinen läßt. Die volkswirtschaftliche Bedeutung einer solchen Einrichtung würde ganz besonders in Wirkung treten, wenn sich hierzu die Kreissparkasse und die anderen Sparkassen der vier Städte des Kreises zu einem Sparkassenzweckverband vereinigen würden.

Hinsichtlich der Rechtsform erscheint es zunächst am zweckmäßigsten, die Kreisbank als Gesellschaft mit beschränkter Haftung einzurichten. Die hierzu notwendigen Geschäftsanteile in der Mindesthöhe von 50 000 000 M (wenn möglich erheblich mehr) müßten von der Kreissparkasse und den mit ihnen etwa zu verbindenden anderen städtischen Sparkassen des Kreises aufgebracht werden. Sollte diese Anregung zu keinem tatsächlichen Ergebnis führen, so könnte unter Umständen vorläufig auch die Übernahme einer bestimmten Garantie des Kommunalverbandes bis zur Höhe von 50 000 000 M ausreichen. Mit Hilfe dieser so gewährten Garantiesumme könnten den Kreisverband verpflichtende Kredite aufgenommen werden, die es ermöglichen, den gegenwärtigen Bedürfnissen des Geldverkehrs besser anzupassen. Die Rücksicht auf die drängende Umbildung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreises macht es notwendig, die ganze Angelegenheit mit größter Beschleunigung zur Durchführung zu bringen.

*

Neue Wege will der Kreis gehen. Er plant die Errichtung einer

Versicherung zur Verbilligung der Bestattungsunkosten.

Die Sorge in den vielen Familien, wie die teuren Begräbniskosten aufgebracht werden sollen, ist infolge der fortschreitenden starken Geldentwertung und der damit verbundenen zunehmenden Verarmung der Bevölkerung ist immer größer geworden. Es ist daher eine Neuregelung für die Aufbringung der Bestattungskosten nötig. Der Kreisausschuß hat sich wiederholt mit diesen Fragen beschäftigt, ohne zu einem brauchbaren Ergebnis zu kommen. Der Landrat empfiehlt in seiner Vorlage, für die gesamte Bevölkerung des Kreises eine öffentlich-rechtliche Sterbekasse einzurichten. Aus dieser Kasse könnte dann für jeden Sterbefall eine bestimmte Summe als Beihilfe für die Bestattung gezahlt werden. Die hierzu erforderlichen Mittel könnten nach den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes auf die einzelnen Gemeinden nach Maßgabe der Einwohnerzahl, Realsteueraufkommen usw. umgelegt werden. Zweckmäßig erscheint es, wenn der Kreis einen besonderen Zuschuß (aus verfügbaren Geldmitteln) als Betriebsstock für diese Sterbekasse bewilligen würde. — Die Einwohnerzahl des Kreises Merseburg betrug am 28. Februar 1922: 83 298, am 28. Februar 1923: 84 727. Die Zahl der Sterbefälle betrug im Jahre 1921: 1099, im Jahre 1922: 1036. Zurzeit betragen die Kosten einer einfachen Bestattung etwa 200 000 M.

*

Zur Unterstützung der notleidenden Bevölkerung schlägt der Landrat vor, dem Kreisausschuß 5 Millionen Mark zur Unterstützung in besonderen Fällen der Not zur Verfügung zu stellen. Unterstützungen sollen in Fällen erhöhter Not gewährt werden. — Die Bemühungen des Landrats durch Beschaffung von Notstandsarbeiten die Lage der Erwerbslosen zu lindern, sind bis jetzt erfolglos geblieben. — Die kommunistische Fraktion hat einen Antrag auf Beschluß von Notstandsarbeiten gestellt.

*

Von den kleineren Vorlagen seien noch erwähnt: **Übernahme von 720 000 M neuer Aktien der Mübag; Bewilligung von 1 Million Mark für die Ruhrspende; Nachträgliche Genehmigung eines Warenwechselkredites für den Ankauf von Umlagegetreide** (50 Millionen Mark Kredit bei der Landesbank, Ausgabe von Wechseln in Höhe von 240 Millionen Mark); **Erhöhung der Körgebühren; Änderung der Kreisjagdsteuer; Kreissatzung für die Kreis-Hebammenstelle; Errichtung eines Kleingartenschiedsgerichtes.**

Das neue Mieterschutzgesetz.

Von Dr. Ebel, Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium.

Der Reichstag hat am 15. Mai d. J. den **Entwurf des Mieterschutzgesetzes** angenommen. Das Gesetz bringt eine **weitgehende Neuregelung des Mieterschutzrechtes und des Verfahrens vor den Mieteinigungsämtern.** Ein Mietvertrag, der abläuft, **verlängert sich ohne** weiteres. Eine Kündigung des Mietvertrages durch den Vermieter ist ohne Bedeutung. Will der Vermieter das Mietverhältnis beendigen, so muß er vielmehr eine Aufhebungsklage bei dem Amtsgericht erheben. Diese Klage ist jedoch nur aus wenigen im Gesetz ausdrücklich genannten Gründen zulässig.

Die Aufhebung wird zugelassen, wenn

1. der Mieter oder ein Angehöriger seines Hausstandes oder Geschäftsbetriebes den Vermieter oder einen Hausbewohner erheblich belästigt oder den gemieteten Raum oder das Haus durch unangemessenen Gebrauch erheblich gefährdet oder wenn er unbefugt einem Dritten den Gebrauch des Mietraums überläßt. Die angemessene Wahrnehmung der Befugnisse eines Mietervertreters ist als Belästigung nicht anzusehen.

2. Wenn der Mieter bei monatlicher Miete mit der Miete für zwei Monate, bei Vierteljahrsmiete mit der Miete eines Vierteljahres im Rückstande ist, falls er sich nicht etwa ohne seine Schuld in Unkenntnis übr die Höhe des Mietzinses befunden hat.

3. Wenn der Vermieter aus besonderen Gründen ein so dringendes Interesse an der Wiedererlangung des Mietraumes hat, daß auch bei Berücksichtigung der Verhältnisse des Mieters die Vorenthaltung eine schwere Unbilligkeit für den Vermieter darstellen würde. Die Absicht des Vermieters, den Raum selbst zu beziehen, soll jedoch allein die Aufhebung des Mietvertrages nicht rechtfertigen.

Wird das Mietverhältnis aus dem zuletzt unter 3 genannten Grunde aufgehoben, so kann das Gericht den Vermieter verpflichten, dem Mieter die Umzugskosten ganz oder zum Teil zu ersetzen, wenn dies nach den Vermögens- und Erwerbsverhältnissen der Vertragsteile der Billigkeit entspricht.

Ist einer der oben angeführten Gründe gegeben, so hat der Vermieter, wie bereits erwähnt, wenn er die Aufhebung des Mietverhältnisses herbeiführen will, eine dem bisherigen Recht unbekannte Aufhebungsklage bei dem Amtsgericht zu erheben. Eine Mitwirkung des Mieteinigungsamtes findet nicht mehr statt. Hierdurch wird eine wesentliche Vereinfachung des Verfahrens und eine Entlastung der Mieteinigungsämter erreicht. Das Amtsgericht entscheidet unter Hinzuziehung von Beisitzern, die zur Hälfte Vermieter, zur Hälfte Mieter sein müssen. Damit wird auf diesem Gebiete das Laienelement in die Ziviljustiz eingeführt.

Erleichtert ist die Aufhebung eines **Untermieterverhältnisses**, also z. B. eines Mietvertrages über ein möbliertes Zimmer. Hier muß allerdings der Vermieter auch eine Aufhebungsklage erheben, es genügt jedoch, wenn er ein „begründetes Interesse" an der Freimachung des vermieteten Raumes hat. Sind die Zimmer an Personen mit eigener Haushaltung vermietet, z. B. also an ein Ehepaar, welches die Küche mitbenutzt, so müssen allerdings die gleichen Voraussetzungen gegeben sein, wie bei einem Hauptmietverhältnis, ein begründetes Interesse allein genügt nicht. Auch bei Untermietverhältnissen ist also eine Kündigung durch den Vermieter ohne Wirkung.

Das Gesetz sieht weiter einen besonderen **Schutz des Mieters in der Zwangsvollstreckung** vor. Ist das Mietverhältnis lediglich deshalb aufgehoben, weil der Vermieter ein besonderes Interesse an der Wiedererlangung des Mietraumes hatte, so darf der Mieter aus den gemieteten Räumen zwangsweise nur entfernt werden, wenn für ihn ein unter Berücksichtigung seiner Wohn- oder Geschäftsbedürfnisse angemessener Ersatzraum gesichert ist. Erfolgt die Aufhebung aus einem der anderen obengenannten Gründe, so soll regelmäßig die zwangsweise Räumung ohne weiteres erfolgen dürfen. Das Gericht kann jedoch auch in solchen Fällen anordnen, daß die Vollstreckung erst nach Sicherung eines anderweitigen ausreichenden Unterkommens erfolgen darf, falls dies zur Vermeidung unbilliger Härten erforderlich erscheint. Die Entscheidung darüber, ob ein genügender Ersatzraum vorhanden ist, wird dem Mieteinigungsamt übertragen, das wegen seiner Verbindung mit dem Wohnungsamt und wegen seiner Kenntnis des Wohnungsmarktes hierfür als besonders geeignet angesehen wird.

Eine besondere Regelung enthält das Gesetz für **Werkwohnungen**. Hier ist die Aufhebung des Mietverhältnisses erheblich erleichtert. Es genügt, wenn der Arbeitgeber den Mietraum insbesondere für den Nachfolger des Mieters in dem Dienst- oder Arbeitsverhältnis dringend braucht. Falls der Arbeitgeber bereit ist, dem Arbeitnehmer einen angemessenen, von dem Gericht zu bestimmenden Geldbetrag zu zahlen, kann er die Räumung durchführen, auch wenn kein Ersatzraum vorhanden ist.

Die vorstehend geschilderten Bestimmungen sollen sich auf Mieträume jeder Art, also nicht nur auf Wohn-, sondern auch auf gewerbliche und geschäftliche Räume beziehen. Sie gelten nicht für Neubauten oder durch Um- oder Einbauten neugeschaffene Räume. Auch auf die Räume gemeinnütziger Bauvereinigungen soll das Gesetz keine Anwendung finden. Die Anregung der Neubautätigkeit war hier der entscheidende Gesichtspunkt.

In einem zweiten Abschnitt bringt das Gesetz Vorschriften über die Einrichtung der Mieteinigungsämter und das Verfahren vor diesen Ämtern. Es sollen Mißstände beseitigt werden, die sich bei der bisherigen Regelung ergeben und zu lebhaften Beschwerden aus Vermieter- und Mieterkreisen geführt haben. Vor allem wird die bisherige Unanfechtbarkeit der Entscheidungen des Mieteinigungsamtes beseitigt. In Zukunft soll die Anrufung einer Beschwerdestelle zulässig sein. Die

Der Fall Grünbaum.

Kriminalroman von Otto Berndt.

8. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Er eilte zu Grünbaum, vielleicht wirklich in der Absicht, nur ein Darlehn zu nehmen — er hatte auf die Ausführung seines Planes verzichtet — da sieht er die volle Brieftasche — wieder ergreift ihn der Grimm gegen den Mann, aber er will fort — da fühlt er in seiner Tasche den Schwamm und die Flasche — ein Rausch überkommt ihn — gedankenlos, einfach der augenblicklichen Stimmung überlassen, stürzt er sich auf den schwachen Alten. —

„So wäre es denkbar."

Er schwieg, der Kommerzienrat blickte ihn traurig an.

„Wenn man Sie sprechen hört, man sollte denken, daß es so ist!"

„Das weiß ich natürlich auch nicht."

„Und was wollen Sie jetzt beginnen?"

„Nach der Lage der Sache ist nichts anderes möglich, als daß ich in dieser Nacht nach München fahre."

„Ihn verhaften?"

„Sie kennen die Schwere des Verdachts und wissen, daß er im Begriff steht, in das Ausland zu gehen."

„Sie wollten zunächst nach Mailand."

„Leider erschwert auch diese Äußerung den Verdacht. Ich sagte ja Ihnen, daß der postlagernde Brief nach Mailand gerichtet war."

Der Kommerzienrat brach zusammen und verbarg das Gesicht in den Händen.

„Mein armes Kind!"

„Seien Sie überzeugt, Herr Kommerzienrat, daß ich jede nur mögliche Schonung walten lasse; es ist vielleicht gut, daß der Geldverleiher keinen Schaden davongetragen hat und daß das Geld wieder in Sicherheit ist."

„Was nützt das alles — es ist ja doch alles verloren."

„Herr Kommerzienrat, ich werde ihm nicht als einem überführten Verbrecher gegenübertreten, sondern sehen und — mich überzeugen. Wenn es möglich ist, daß er doch unschuldig wäre, Sie können überzeugt sein, daß ich kein Mittel unversucht lasse, den wahren Schuldigen zu finden."

„Ich danke Ihnen, Herr Doktor; wie soll ich es nur meiner Frau sagen?"

„Vielleicht ist das vorläufig noch nicht nötig. Ich werde Ihnen aus München sogleich weitere Nachricht geben."

„Und verlassen Sie meine Tochter nicht in ihrer Not."

„Sie können sich darauf verlassen."

Der Kommerzienrat sah traurig auf, dann drückte er Schlüter die Hand.

„Ich freue mich, daß gerade Sie die Sache in der Hand haben — wie soll ich es tragen? Bringen Sie meinem armen Kinde meine innigsten Grüße."

Schlüter ging. Der Gram des Kommerzienrats, sein Glaube an den Schwiegersohn erfüllte seine Gedanken.

Zwei Stunden später befand er sich auf dem Wege nach München.

2. Kapitel.

Lachender Sonnenschein lag über München, als Doktor Schlüter dem Zuge entstieg. Er fuhr zunächst zum Hotel „Vier Jahreszeiten" und fragte, ob Herr Wächter zu sprechen sei.

„Bedaure, die Herrschaften sind nicht mehr da."

„Schon abgereist?"

„Gestern."

„Nach Italien?"

„Na, die Herrschaften san auf a paar Täg nach Tegernsee, die Bagage ist noch da."

Ihm fiel ein Stein vom Herzen, er fuhr weiter zur Staatsanwaltschaft, um den Brief zu besehen — die erste Enttäuschung — eine ganz steil hintenübergelegte Schrift, der man auf den ersten Blick ansah, daß sie verstellt war. Mit den etwas fahrigen langen Schriftzügen des Malers, von denen er eine Probe bei sich hatte, die ihm der Kommerzienrat gegeben, keine Ähnlichkeit, aber — ein Maler konnte sicher in verschiedenen Schriften schreiben! Er fuhr zum Präsidium, wo er längst gut bekannt war.

„Grüß eahna Goot, san S' a wieder a mal in München?"

Regierungsrat Wesendonk hatte die Münchener Polizei gebeten, das junge Ehepaar zu beobachten, ohne daß es bemerkt würde.

„I denk net, daß S' diesmal auf der rechten Fährten san, das san ja zwei gar zu verliabte Schaferln, die zwoa."

Schlüter erzählte dem Münchener Kollegen ausführlich — der schüttelte den Kopf.

„Dann ist's a ganz Ausg'schamter! Man sollte net denken!"

Es war noch nicht Mittag, als Dr. Schlüter abermals aus der Bahn stieg und nach Tegernsee hineinschritt. Er betrat gleich das erste Hotel und fragte, ob hier vielleicht das Ehepaar Wächter abgestiegen sei.

„Da san S' scho recht, aber die Leut san in die Berg und kimma erst auf Mittag heim."

Wie herrlich war es hier, wunderbar breitete sich der im Sonnenschein glitzernde See vor seinen Augen, dahinter die schneebedeckten Berghäupter, liebliche Alpentriften, das Geläut melodischer Herdenglocken lag in der Luft, überall fröhliche Menschen, die der Frühling hinausgelockt hatte. Er wanderte den hübschen Promenadenweg zum „Großen Paraplure" hinauf, einer an den Seiten offenen Rotunde, die einen herrlichen Ausblick gestattete.

Er setzte sich nieder, der Weg in der jetzt schon immerhin heißen Sonne hatte ihn etwas müde gemacht. Traurigkeit überkam ihn. Wie betrübend war es, in solcher Pracht der Natur einen Menschen zu verhaften.

Da drangen fröhliche Stimmen an sein Ohr, eine lachende junge Frau, oder war es ein Mädchen — die kleine, zierliche Gestalt ließ fast darauf schließen — tollte den Weg entlang auf den Pavillon zu.

„Fang mich, wenn du kannst."

Sie huschte in die Aussichtshalle — hinterher mit langen Sätzen ein junger Mann, groß, dunkelrot das Gesicht vom Laufen, lachend die blauen Augen, das lange Haar wirr, den Schlapphut in der Hand.

„Ich werd' dich schon fangen."

Mit einem schnellen Griff faßte er das Geländer, ein Schwung und er war darüber weg, stieß einen lauten Jodler aus und faßte die Flüchtige, um sie an sich zu ziehen.

„Aber nicht doch, wir sind nicht allein."

Verlegen entwand sie sich ihm, und jetzt sah er den Doktor; einen Augenblick war er befangen, dann schwenkte er den Hut.

„Entschuldigen Sie, es ist gar so herrlich und — wir sind auf der Hochzeitsreise."

Er schwenkte den Schlapphut, und aus seinen Augen leuchtete das sorgenloseste Glück.

„Auf der Hochzeitsreise?"

Fast erschrocken waren Schlüter die Worte entschlüpft; sollte das vielleicht gar — der junge Mann lachte.

„Ja, auf der Hochzeitsreise, alter Herr, warum sagen Sie das so traurig?"

„Aber nein —"

Oder hab' ich Sie vielleicht gar auf die Hühneraugen getreten bei meinem Sprung? Dann bitte ich tausendmal um Verzeihung, ich bin nun einmal ein Tolpatsch —"

„Aber Rolf."

Dieser Vorname —

„Verzeihen Sie, Sie heißen Rolf?"

„Warum soll ich nicht Rolf heißen, warum sagen Sie das wieder so traurig? Jawohl, ich heiße Rolf — Kunstmaler Rolf Wächter mit Frau Gemahlin."

Er stellte sich vor, machte eine tiefe Verbeugung, immer über das ganze Gesicht lachend, und bei dem Wort „Gemahlin" blitzten tausend Schelme aus seinen Augen.

„Doktor Schlüter — Herr Wächter — es ist mir sehr lieb, daß ich Sie treffe —"

„Nanu, Sie haben mich wohl gar gesucht?"

„Allerdings, ich bin ihnen nachgereist."

Rolf sah ihn an, er wußte nicht, sollte er erstaunt sein oder lachen.

„Mir nachgereist?"

„Eine kleine geschäftliche Unterredung — darf ich Sie vielleicht bitten, mit in das Hotel zurückzukehren? Ich möchte gern heute schon wieder reisen."

Der Kommissar konnte hier unmöglich etwas von seinen wahren Absichten merken lassen, schon der jungen Frau wegen. Wächter sah ihn kopfschüttelnd an, dann schien er zu verstehen.

„Sie kommen wegen des Bildes!"

„Vielleicht."

Was sollte Schlüter antworten, aber er bereute seine Äußerung, denn der junge Maler stieß wieder einen Jubel aus.

„Hörst du, Beate, der Herr kommt wegen des Bildes."

„Gestatten Sie — Doktor Schlüter."

(Fortsetzung folgt.)

Wer seine

Kleider, Blusen, Gardinen usw. liebt und sie immer im schönsten Zustande erhalten will, der färbt sie nur mit den weltberühmten echten Heitmann's Farben, Marke Fuchskopf im Stern. Erhältlich in der Zentral-Drogerie Rich. Kupper, Merseburg.

Heitmann's Farbe spart den Färber.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230523-18/fragment/page=0005

Einrichtung der Beschwerdestelle ist der obersten Landesbehörde überlassen. Diese kann eine Verwaltungsbehörde, das Landgericht oder ein höheres Gericht mit den Aufgaben der Beschwerdestelle betrauen, auch Vermieter und Mieter an den Sitzungen teilnehmen lassen. Das Verfahren vor dem Mieteinigungsamt selbst wird vereinfacht. Unter gewissen Voraussetzungen können der Vorsitzende oder die Beisitzer Vorverhandlungen abhalten und selbst Entscheidungen treffen. Um die den Gemeinden durch die Einrichtung des Mieteinigungsamtes zurzeit erwachsende finanzielle Belastung zu vermindern, wird die Erhebung von Gebühren vorgesehen.

Weitere Vorschriften sollen die Unabhängigkeit des Vorsitzenden und der Beisitzer sichern. Die Amtszeit des Vorsitzenden, der zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst befähigt sein muß, muß mindestens ein Jahr betragen. Seine Absetzung ist nur aus Gründen zulässig, die auch die Entlassung eines nicht richterlichen Beamten rechtfertigen würden. Für die Beisitzer gelten gewisse für die Schöffen gegebene Vorschriften, insbesondere sind sie in einer bestimmten Reihenfolge zu den Sitzungen heranzuziehen.

Das Gesetz tritt am 1. Oktober 1923 in Kraft und soll ebenso wie das Reichsmietengesetz am 1. Juli 1926 außer Kraft treten. Es stellt die notwendige Ergänzung des Reichsmietengesetzes dar. Während das Reichsmietengesetz Vorschriften über die Höhe der Miete gibt, umgrenzt dieses Gesetz die übrigen Rechtsbeziehungen zwischen Mieter und Vermieter. (Nr. 5 1923 des „Heimatdienstes“.)

Die Londoner Presse zum Rücktritt Bonar Laws.

London, 22. Mai. (WTB.) Der Rücktritt Bonar Laws und die Frage seines Nachfolgers stehen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. In politischen Kreisen herrscht die Ansicht vor, **daß Lord Curzon unter allen Kandidaten auf das Premierministeramt die größten Aussichten hat.** Fast alle Kabinettsmitglieder befinden sich außerhalb Londons. Stanley Baldwin ist jedoch bereits nach London zurückgekehrt, während Lord Curzon, der bis Mittwoch von London abwesend sein wollte, ebenfalls früher zurückerwartet wird. Der Parlamentsberichterstatter der „Daily News“ schreibt, eine neue Regierung werde gebildet werden müssen. Curzon sei in der Öffentlichkeit besser bekannt als Baldwin und verfüge über größere Autorität. Es würde keine Überraschung verursachen, wenn Curzon beauftragt werden würde, eine Regierung zu bilden. Dem Parlamentsberichterstatter des „Daily Expreß“ zufolge ist Curzon Favorit für den Posten. „Westminster Gazette“ schreibt, die Nachfolgerschaft gebühre wirklich Curzon wegen seiner vergangenen Erfahrung und seiner jetzigen Stellung. Der Parlamentsberichterstatter der „Times“ ist der Ansicht, daß für den Premierministerposten nur Curzon und Baldwin in Betracht kommen. Eine Koalition verschiedener Parteien komme nicht in Frage. Seit dem Rücktritt Lord Salisburys im Jahre 1902 sei kein Pair Premierminister gewesen. Die letzten fünf Premierminister hätten alle im Unterhaus gesessen. Die konservative Partei habe, obwohl sie nicht so uneins sei wie die liberale Partei, ihre eigenen inneren Schwierigkeiten, weil verschiedene Mitglieder des Koalitonskabinetts außerhalb der Regierung Bonar Laws ständen. Es sei unmöglich, vorauszusagen, was der Verlust Bonar Laws für die konservative Partei bedeuten könne. Dem Parlamentsberichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge, gibt es Mitglieder der konservativen Partei, die erklären, daß es kein kluger Schritt sein würde, einen Premierminister im Oberhause zu haben. Aber Lord Curzons Freunde wiesen darauf hin, daß er der erfahrenste Staatsmann in der Regierung sei. Bevor das Parlament in die Pfingstferien ging, habe die Ansicht vorgeherrscht, daß Lord Curzon Bonar Laws Nachfolger werden könne, und daß Baldwin in dieser Frage der Führer des Unterhauses sein würde.

Die „Times“ schreiben in einem Leitartikel, nichts sei dringender im gegenwärtigen Augenblick, als daß **die Regierung mit so wenig Unterbrechungen und Störungen wie möglich weiter geführt werde.** „Daily Telegraph“ schreibt in einem Leitartikel, wer immer gewählt werde, müsse es zu seiner ersten Pflicht machen, die Regierung zu stützen durch die Aufnahme einiger der hervorragenden konservativen Führer, die immer noch außerhalb des Kabinetts sind. Laut „Daily Mail“ ist Baldwin bereit, unter jedermann zu dienen, der **die Einigkeit der konservativen Partei aufrechterhalten** wird. Dem politischen Berichterstatter des Blattes zufolge kann mit Sicherheit angenommen werden, daß so wenig Änderungen wie möglich in der Regierung vorgenommen werden. Worthington Evans sei bereit, in die Regierung einzutreten. Das würde eine starke Unterstützung der Regierungsbank im Unterhause bedeuten. Das linksradikale Blatt „Daily Herald“ wendet sich gegen eine Besetzung des Premierministerpostens durch Curzon, den er als eine **Weltbedrohung bezeichnet.** Eine Premierministerschaft Curzons, die das Arbeiterblatt für wahrscheinlich hält, würde eine Katastrophe für England und Europa bedeuten und würde auswärts Kriege und im Inneren Reaktion zur Folge haben. „Daily Herald“ spricht von der „vorsätzlich herausfordernden Diplomatie“ Curzons gegenüber Rußland. Andererseits tritt, allerdings aus anderem Grunde, das Organ der Konservativen, die „Morning Post“, die in der russischen Frage immer eine dem „Daily Herald“ genau entgegengesetzte Politik befürwortet hat, einer Besetzung des Premierministerpostens mit Curzon entgegen und bringt Baldwin in Vorschlag. Das Blatt schreibt, man lebe in schwierigen und gefährlichen Zeiten, wo man besonders Mut, Ehrlichkeit, Klugheit und Stärke an der Spitze der Regierung brauche. Es beständen verschiedene Gründe, weshalb Lord Curzon nicht vorzuziehen sei.

Die Friedensmöglichkeit im Jahre 1917.

Deutsche Bereitschaft zu Verhandlungen und Briands Nichterscheinen. — Feststellungen des Untersuchungsausschusses.

Der zweite Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstages, beauftragt mit der Untersuchung von Friedensmöglichkeiten im Jahre 1917 hat in einer weiteren Gruppe von Zeugenvernehmungen und Prüfung einschlägiger Dokumente sich mit der sogenannten Briand-Lanckenschen Aktion befaßt, die auf Grund französisch-belgischer Anregungen im Frühjahr, Sommer und Herbst 1917 ein Zusammentreffen dieser beiden Persönlichkeiten im neutralen Auslande zwecks geheimer Erörterung von Friedensbedingungen zum Ziele hatte. Die Untersuchung führte zu folgenden Feststellungen:

Im Frühjahr 1917 erhielt Freiherr v. d. Lancken in Brüssel durch belgische Mittelspersonen die Nachricht, daß maßgebende französische Politiker geneigt seien, mit ihm zusammenzutreffen, um über eine Friedensmöglichkeit zu diskutieren. Er erklärte sich zu einer solchen Aussprache bereit und **fand für diesen Schritt die Zustimmung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg und der Obersten Heeresleitung.** Er wartete zunächst vergeblich auf nähere Mitteilungen und erst im Spätsommer schien der Gedanke einer Zusammenkunft mit Briand festere Formen anzunehmen. **Es wurde eine Aussprache für den 23. September in der Schweiz verabredet.**

Inzwischen war in Berlin der Regierungswechsel erfolgt und an Stelle des Herrn v. Bethmann Hollweg Herr Dr. Michaelis und an die Stelle des Herrn Zimmermann als Staatssekretär Herr v. Kühlmann getreten. Herr v. Kühlmann behandelte die Angelegenheit nicht ganz mit derselben Wärme wie Herr v. Bethmann Hollweg, aber auch er **war mit dem Versuch des Herrn v. d. Lancken einverstanden.**

Herr v. d. Lancken begab sich in die Schweiz und empfing zunächst am 21. September die Mitteilung, daß Briand seine Reise aufschieben müsse. **Als der Erwartete auch nach einer Woche nicht erschienen war,** verließ der deutsche Diplomat die Schweiz, hielt sich aber nach wie vor zur Verfügung. Die Angelegenheit verlief dann im Sande, da von französischer Seite keine neue Anregung erfolgte.

Briand war an seiner Reise **zweifellos durch das Eingreifen des Ministerpräsidenten Ribot gehindert** worden, und daß der Plan überhaupt nicht zur Ausführung kam, hing mit Erwägungen der französischen inneren Politik und mit der allgemeinen Kriegslage zusammen. Es sind auch Anzeichen dafür vorhanden, **daß die Aktion Kaiser Karl—Prinz Sixtus von Bourbon auf die französischen Entschlüsse von Einfluß gewesen ist.**

Unsere Postbezieher

erinnern wir hiermit höflich an die rechtzeitige

Erneuerung des Abonnements für den Monat Juni.

Wo das nicht früh genug geschieht, tritt mit dem Monatswechsel unbedingt eine Unterbrechung in der Zustellung ein. Aber nur der regelmäßige Bezug unserer Zeitung gewährt den Beziehern alle Vorteile, die sie bietet. Bestellen Sie daher noch heute bei der zuständigen Postanstalt oder bei Ihrem Briefträger den

„Merseburger Korrespondent“.

Volkswirtschaftliches.

Notierungen vom 22. Mai.

Der Markwert in Newyork

ist weiter gesunken. Dollarbewertung 57 010.

Warenmarkt.

Leipziger Produktenbörse.

Weizen, inländischer 88—93 000 bz. u. Br., fest; Roggen, inländisch. 78—83 000 bz. u. Br., fest; Gerste, Sommergerste, inländ. 73—78 000 bz. u. Br., Wintergerste, inländische —, fest; Hafer, inländischer 67 bis 72 000 bz. u. Br., fest; Mais, amerikanischer 88—90 000 bz. u. Br., runder 90—93 000 bz. u. Br., Raps 130—140 000 bez. u. Br. Die Preise verstehen sich für 50 Kilo für Ware prompt, Parität frachtfrei Leipzig.
Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.)

Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse.

Weizen, märkischer 94—96 000, pommerscher 93—95 000, sehr fest; Roggen, märk. 84—86 000, pommer., schles. und mecklenburg. 84—85 000, westpreuß. 84—85 000, sehr fest; Gerste, Sommergerste, märk. 75 bis 78 000, sehr fest; Hafer, märk. 73—73 500, pomm. 71 000, sehr fest; Mais, ohne Provenienzangabe loko Berlin 88 000, Hamburg 85 000, sehr fest; Weizenmehl 280—295 000, sehr fest; Roggenmehl 22—250 000, sehr fest; Weizenkleie 45 000, sehr fest; Roggenkleie 45 000, sehr fest; Raps 160—165 000, steigend; Leinsaat 160—170 000, steigend; Viktoriaerbsen 115—130 000, kleine Speiseerbsen 90—95 000, Peluschken 90 bis 100 000, Ackerbohnen 70—75 000, Wicken 85—95 000, blaue Lupinen 90 bis 100 000, Serradella 180—200 000, Rapskuchen 68 000, Leinkuchen 90 000, Trockenschnitzel prompt 27—28 000, Zuckerschnitzel 40 500 bis 42 000, Torfmelasse 23—24 000, Kartoffelflocken 42—43 000 ℳ.
Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.)

Heu und Stroh.

(Nichtamtlich.) Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 22 500 bis 26 500; Haferstroh, drahtgepreßt 21—23 000, Roggen- und Weizenstroh, bindfadengepreßt 22 500—24 500; gebündeltes Roggenlangstroh 23 bis 25 000; Heu, gutes 23 500—24 500; do. handelsüblich 20—21 500 ℳ.
Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.)

Das weitere Steigen der Devisen.

Dollar zirka 57 000.

Nach den Feiertagen setzten die Kurse der ausländischen Zahlungsmittel mit neuen Rekordkursen ein und befestigen sich im Laufe des heutigen Vormittagsverkehrs weiter um ein Beträchtliches. Im wesentlichen hat man es mit einer Fortsetzung der schon vor den Feiertagen eingetretenen Devisenhausse zu tun, wobei allerdings die Kaufneigung namentlich industrieller Kreise durch den Rücktritt des englischen Premierministers Bonar Law und die Unsicherheit, die hinsichtlich seiner Nachfolge besteht, noch befördert wurde. — Im freien Vorbörsenverkehr wurden zu Beginn heute folgende Kurse genannt: Amerika 51 900—52 000, England 240 000 bis 243 000 und Holland 20 400. Diese Kurse konnten sich nicht lange halten, da nur in sehr geringem Umfang Material an den Markt kam, so daß der Bedarf nicht befriedigt werden konnte. Der Dollar stieg bald auf 54 000 und weiter bis auf 56 000. Dollarschatzanweisungen per Kasse wurden mit etwa 2000 ℳ über Parität bezahlt, Dollarschatzanweisungen per Juni notierten zirka 66 000. Die Reichsbank gab bei der amtlichen Kursfestsetzung etwas an Devisen ab, jedoch bei weitem nicht genügend, um einen Kursdruck hierdurch herbeizuführen. Der amtliche Kurs für Kabelauszahlung New-York stellte sich auf 56 857,50 G., 57 142,50 B. Polennoten wurden mit zirka 104½—105½, Auszahlung Warschau mit zirka 106 umgesetzt. Nach Festsetzung der amtlichen Kurse gingen im Freiverkehr Dollarnoten mit zirka 57 000 um.

Vermischte Nachrichten.

Die vergessenen Kamtschatka-Fischer.

31 von 41 gerettet.

Die Robinsonade der von wenig gewissenhaften Handelsherren im Eise von Kamtschatka „vergessenen“ 41 Fischern, zu deren Rettung Aufrufe in der Presse der ganzen Welt veröffentlicht worden sind, hat jetzt ihr Ende gefunden. Die Botschaften, die die Fischer mit der drahtlosen Telegraphie aussandten und in denen sie erklärten, mangels Nahrung, Heizung und Waffen binnen kurzem zugrunde gehen zu müssen, haben allerdings keinen Erfolg gehabt. Die Unglücklichen haben überwintern müssen. Trotzdem ist die Mehrzahl am Leben geblieben. Jetzt wurden 31 Überlebende in Hakodate dem Spital übergeben. Die 10 übrigen sind dem Hunger und dem Skorbut erlegen. Die „Vergessenen“ hatten etwas Mehl und eine Flinte gefunden, anscheinend Eigentum der früheren russischen Fischer, die in dieser rechtlosen Zeit von den japanischen Fischereiunternehmungen vertrieben worden waren. Davon kochten sie Suppen, so dünn wie möglich. Und so hat es denn gerade gelangt — für die, die noch leben. Merkwürdigerweise hört man nichts von einem gerichtlichen Nachspiel zu diesem skandalösen Vorfall, nichts von Entschädigungsleistungen jener, die diese japanischen Staatsangehörigen außer Landes geführt und dort in hilflosem Zustande verlassen haben — eine Handlung, die das japanische Strafgesetzbuch mit Zuchthausstrafe nicht unter zwei Jahren bedroht.

Der amerikanische Eisenbahnkönig Gould †.

Der amerikanische Eisenbahnkönig George Jay Gould ist am 16. Mai um 8 Uhr in Cap Martin gestorben. Er wurde in New York am 6. Februar 1864 geboren. — Gould hat als Erbe seines Vaters als Präsident und Direktor an der Spitze zahlreicher amerikanischer Eisenbahngesellschaften gestanden. Die Länge der von seinem Vater gebauten oder beherrschten Schienenwege wird auf 40 000 Kilometer angegeben. Dessen Vermögen stammte aus den Spekulationszeiten nach Ausbruch des Bürgerkrieges. Durch Herbeiführung einer Goldhausse Ende der 1860er Jahre hat der ältere Gould Millionen von Mitbürger schwer geschädigt und ruiniert, während er selbst reiche Gewinne einheimste. Das hinterlassene Vermögen betrug ca. 100 Millionen Dollar. Auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens hat der Verstorbene das Werk seines Vaters erfolgreich fortgesetzt.

*** Eine schwedische Millionenspende für Deutschland.** Die vier schwedischen Verbände reisender Kaufleute sind in Gotenburg übereingekommen, dem Verband reisender Kaufleute Deutschlands eine Spende von 10 Millionen Mark für Unterstützungszwecke zur Verfügung zu stellen; ein neuer Beweis der Sympathie und steten Hilfsbereitschaft des schwedischen Volkes für Deutschland.

*** Ein Holländer von den Franzosen erschossen.** Donnerstag früh morgens, kurz nach 4 Uhr, wurde bei Weisenau ein Toter aufgefunden. Der Mann wollte vermutlich den Bahnübergang passieren und wurde dabei von dem marokkanischen Wachtposten erschossen. Nach den bei der Leiche vorgefundenen Papieren handelt es sich um einen 32 Jahre alten holländischen Schiffer Namens Jan Adrian Maas aus Rotterdam. Sein Schiff „Nardini“ von der N. V. Transport My. Gesellschaft liegt zum Ausladen am Weisenauer Rheinufer.

Gerichtsverhandlungen.

Muß man sich untersuchen lassen?

Die interessante Frage inwieweit jemand in einem Prozeß seinen Körper untersuchen lassen muß, ist in einem Privatklageverfahren jetzt entschieden worden. Zwischen den Parteien herrscht ein lebhafter Streit wegen verschiedener gegenseitiger Beleidigungen, die im wesentlichen darin gipfeln, daß der Privatkläger behauptet, er habe zu der Beschuldigten in gewissen Beziehungen gestanden. Da die Beschuldigte dies bestritten hatte, hatte der Kläger durch seinen Rechtsbeistand einen Beschluß dahin erwirkt, daß sich die Beschuldigte durch eine gerichtliche Frauenärztin einer körperlichen Untersuchung zu unterziehen habe. Auf die hiergegen eingelegte Beschwerde hat jetzt der Strafsenat des Kammergerichts einen entgegengesetzten Standpunkt vertreten. Das Kammergericht ging hierbei von dem Artikel 114 der Reichsverfassung aus, in dem gesagt ist, daß eine Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit des Bürgers durch die öffentliche Gewalt nur auf Grund von Gesetzen zulässig sei. Das Kammergericht hat aus der Strafprozeßordnung eine solche ausdrückliche gesetzliche Vorschrift nicht entnehmen können und ist der Ansicht, daß eine Besichtigung des Körpers einer Person nur dann erzwungen werden kann, wenn es sich einmal darum handelt, Spuren einer strafbaren Handlung zu verfolgen, und wenn ferner Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß die gesuchte Spur sich an dem zu durchsuchenden Körper befinde. Da die Beziehungen der Parteien zueinander keine strafbaren Handlungen darstellen, war also auch eine Untersuchung des Körpers der Beschuldigten nicht möglich.

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 21 — Mittwoch, den 23. Mai — 1923

Die Gebührensätze des Krankenhauses sind vom 20. Mai d. J. ab um 50% erhöht worden.

Merseburg, den 18. Mai 1923.

IV 742/23. Der Magistrat.

Abgabe von Säuglingsmilch.

Im Hause Markt 5 wird demnächst eine Verkaufsstelle für Säuglingsmilch eingerichtet. Um einen genauen Ueberblick über die zur Ausgabe benötigten Mengen zu haben, wollen die Bezugsberechtigten sich in eine Kundenliste eintragen lassen. Die Eintragung erfolgt unter Vorlage der zum Bezug von Säuglingszucker ausgegebenen Karte wie folgt:

von Buchstabe A bis M am Freitag, den 25. Mai 1923,
von Buchstabe M bis Z am Sonnabend, den 26. Mai 1923,
vormittags von 8 bis 10 Uhr Markt 5, Erdgeschoß.

Merseburg, den 23. Mai 1923.

Der Magistrat. Jugendamt.

Bekanntmachung.

Einlösung von Anteilscheinen, Kriegssparkarten und Kriegssparmarken durch die städtische Sparkasse.

Die während der Kriegsjahre von der städtischen Sparkasse herausgegebenen Anteilscheine, Kriegssparkarten, Kriegssparmarken (Feldsparbeiträge) werden hiermit

zur Einlösung aufgerufen.

Auszahlung bezw. Umschreibung der Beträge auf bereits bestehende Sparbücher erfolgt in den üblichen Kassenstunden.

Merseburg, den 19. Mai 1923.

Sp. 283/23. Die städtische Sparkasse.

Ablieferung von Tierkadavern.

Nachstehende §§ 4—6 der Ausführungsbestimmungen zu dem Reichsgesetze betreffend die Beseitigung von Tierkadavern vom 17. Juni 1911 — R.-G.-Bl. S. 248 — vom 1. Mai 1912, veröffentlicht im Regierungsamtsblatt, Jahrgang 1921, Seite 191—194 bringe ich in Erinnerung:

„§ 4. Von jeder zu Schlachtzwecken bewirkten Tötung und von jedem Fallen von Pferden, Eseln, Maultieren, Mauleseln, Tieren des Rindergeschlechts, Schweinen, Schafen und Ziegen — ausgenommen Saugferkel, Schaf- und Ziegenlämmer unter sechs Wochen sowie Einhuferfohlen und Kälber unter drei Wochen — hat der Besitzer spätestens am Tage nach dem Tode des Tieres dem Gemeindevorsteher Anzeige zu erstatten.

§ 5. Soll bezw. muß die unschädliche Beseitigung in einer Abdeckerei erfolgen, so ist diese alsbald durch den Gemeindevorsteher zu benachrichtigen, es sei denn, daß es bereits durch den Besitzer geschehen ist.

§ 6. Die Gemeindevorsteher haben über die ihnen erstatteten Anzeigen Buch zu führen. Das Buch ist auf Verlangen dem beamteten Tierarzte zur Einsicht vorzulegen.“

Ich bemerke, daß die Anzeige an die Ortsbehörde nicht durch die Bestimmung des § 5 der diesj. Polizeiverordnung vom 27. August 1913, nach welcher der Besitzer spätestens am Tage nach dem Tode des Tieres der zuständigen Abdeckerei Mitteilung zu machen hat, ersetzt wird.

Der Tierbesitzer hat also die Ortsbehörde und die Abdeckerei zu benachrichtigen.

Merseburg, den 7. Mai 1923.

Der Landrat. J. V.: Walbe.

Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Preuß.-Südd. Lotterie
Die Einlösung der Lose zur 1. Klasse der neuen Lotterie hat vom 24. Mai bis 6. Juni zu erfolgen.
Spielerfreie Lose zu haben.
Staatl. Lotter.-Einnahme Hallesche Straße 25.

Kleine hannoversche **Läuferschweine** stehen v. Donnerstag nachm. z. Verkauf. Gasth. „Grüne Linde“. Schnellhardt.

Zirka 1 Zentner **Luzerne-Samen!** hat abzugeben Feit, Meuschauer Mühle.

Metall- u. Kautschuk-**Stempel** liefert H. Heßler Kirchstr. 7.

Fuhren jeder Art große und kleine, werden ausgeführt Rosental 7.

Döllnitzer Torfsteine in Fuhr. v. 1000 Stck. werd. bill. gel. z. erfr. Wiegand, Mälzerstr. 8.

Danksagung
für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme
beim Heimgang unseres lieben
Bachles.
Die Hinterbliebenen.
Die tieftrauernden Eltern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230523-18/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatl. 3600 M. frei Haus, fäll. b. Vorzeig. d. Quittung; Abweisung nur statthaft bei Aufsage d. Bezugs im Vormonat. Bei Abholg. monatlich 3500, wöchentlich 900 M. — Postbezug monatlich. — Einzelnummer 150 M., bei 8 Seiten 200 M.

Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftshaus: Kleine Rittersir. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

mit dem Amtsblatt der Stadt Merseburg

der wöchentl. Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd und dem monatl. erscheinenden Chronist von Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 100 M., im Reklameteil 400 M., für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 300 M. Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vorm. Belegnummer wird berechnet.

Bezugs- und Anzeigenpreise sind freibleibend.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Nr. 118 — Mittwoch den 23. Mai 1923. — 49. Jahrg.

Der Weg zur deutschen Einheit.

Ein jugendlicher Teilnehmer an der Pfingsttagung des Schutzbundes schickt uns folgenden Bericht, dessen frischer oppositioneller Ton keinen Leser hindern möge, die darin ausgesprochene warmherzige großdeutsche Gesinnung als wertvoll zu erkennen.

In Flensburg und auf der Insel Sylt hat der deutsche Schutzbund zusammen mit dem Verein für das Deutschtum im Ausland eine Pfingsttagung veranstaltet, die am Pfingstmontag in Hamburg mit einem großen Kongreß der Auslandsdeutschen, Grenzdeutschen und Kolonialdeutschen wirksam fortgesetzt wurde. Der Vorstand des deutschen Schutzbundes, Dr. von Lösch, stellte fest, daß nunmehr fast alle deutschen Minderheiten außerhalb des Reiches in den Parlamenten und Verwaltungskörpern der betreffenden Staaten vertreten sind, und daß die kulturelle Volksgemeinschaft aller Deutschen über die Reichsgrenzen hinweg angebahnt sei.

Am bezeichnendsten für den großen Fortschritt auf dem Wege zu einer neuen und lebendigen Blüte eines verjüngten Nationalgefühls waren die Reden eines Jugendvertreters in Flensburg und des katholischen Bischofs von Osnabrück in Hamburg. Der Jugendvertreter begrüßte es, daß die Pfingsttagung auf die Phrase verzichtet habe. Als die Jugend aus den Schützengräben gekommen sei, habe sie resigniert vor der Erkenntnis gestanden, daß jenes Deutschland, für das sie gekämpft habe, gar nicht vorhanden war. Aktive sittliche Kräfte habe sie erst wieder in dem tätigen Grenzdeutschtum gefunden; sie sehe über die sozialen Gegensätze hinweg, strecke frei von Parteipolitik im proletarischen Lager die Hand entgegen; für die Jugend kämen die Fragen nach Monarchie oder Republik, nach den Flaggen und nach vielem anderen erst in zweiter Reihe: für sie handele es sich zuerst um Deutschland und das Deutschtum überhaupt.

Der Bischof von Osnabrück erklärte feierlich, daß die Katholiken Hand in Hand mit ihren evangelischen Brüdern für das Deutschtum im In- und Auslande arbeiten und den Geist der Einigkeit hinaustragen wollen.

Diese Kundgebungen, die durch verschiedene andere sachliche Mitteilungen bekräftigt wurden und also nicht etwa bloß schöne Worte sind, beweisen, daß in der Zeit der Not ein neues Deutschland im Werden ist, ein Deutschland geistiger Einigkeit und Jugend, das nicht gesonnen ist, sich an den Problemen veralteter Zwietracht oder neuester Tagespolitik die Zähne stumpf zu beißen. Über konfessionelle, soziale und parteipolitische Schranken hinweg greift eine Generation, die im unmittelbaren Erlebnis kriegerischer Vernichtung frühzeitig gereift ist, mit festerer Hand nach dem einen wahren Ziel der großdeutschen Einheit, als viele heute noch führende Politiker aller Lager es bisher vermochten. Die Generation, die mit ihren bestimmenden Jugendeindrücken in der Vorkriegszeit wurzelt und das eigentliche Kriegserlebnis vielfach auch dann nicht besaß, wenn sie unmittelbar in das physische Erleben der Vernichtung hineingeriet, beeinflußt heute in allen Parteien, stark auch in der äußerlich gegen den Vorkriegsstaat eingestellten Sozialdemokratie, mehr als es gut ist, die politischen Programme. Die leidige Parteitaktik, in der wir insbesondere seit zwei Jahren stecken, und die gerade bei großen außenpolitischen Entscheidungen jedes Konzept verdirbt, ist ein Erzeugnis von Überlegungen, für die der große Krieg und dessen Folgen keine fruchtbaren Wendungen gebracht hat. Das spürt die neue Generation, die Generation der Söhne, die wenigstens den Enkeln ein menschenwürdiges Dasein im geistigen und materiellen Sinn schaffen will, immer mehr. Sie spürt den Druck der alten Ketten, in die Gesamtdeutschland durch eine traurige politische Entwicklung seit dem dreißigjährigen Kriege gefesselt ist; und sie will, während die Taktiker noch geschäftig mit diesen Ketten klirren, sie abwerfen. In der Bewegung der Jugend hat Deutschland weder die heutigen noch die Grenzen des Bismarckschen Reiches: das Deutschland der Jugend ist auf keiner politischen, sondern nur auf der Völkerkarte Europas zu finden. Es knüpft dort an, wo in den großen Zeiten deutscher Vergangenheit das einstige römische Reich deutscher Nation gehalten hatte, und dort, wo das erwachende Nationalbewußtsein in den Zeiten der Brüder Grimm neu entstanden war; auch dort, wo die Bewegung des Jahres 1848 als nationale Erneuerung des Leitgedankens der Befreiungskriege ihre gesündesten Wurzeln geschlagen hat.

Unter den Jungen, die wissen, daß wir von vorn beginnen müssen, und daß wir das Siegfriedschwert nicht kitten können, sondern nur in Späne zerreiben und im heiligen Feuer einiger Begeisterung neu gießen können, gibt es auch solche, deren Haar schon ergraut ist; und unter den Taktikern, die von Resten zehren, gibt es physisch junge Leute. Aber nur die geistige Jugend des neuen und voraussetzungslosen Nationalgefühls, diese Jugend, die die Phrase haßt und entschlossen ist, der Wirklichkeit ins Auge zu sehen, kann Deutschland retten.

Der Kampf im Westen.

Harter passiver Widerstand!

Köln, 23. Mai. (WTB.) Wie aus Essen gemeldet wird, ist die Stellung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur gegenwärtigen Lage in der Abwehrbewegung gegen den französisch-belgischen Ruhreinbruch auf einer Konferenz der Gauleiter und Sekretäre der Ausschüsse im Rheinland und Westfalen in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht worden, die betont, die mit besonderer Rücksichtslosigkeit angewendeten und verschärften Gewaltmaßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung forderten nicht nur den energischen Protest der Gewerkschaften heraus, sondern verlangten den Willen, den passiven Widerstand solange fortzusetzen, bis auch bei der französischen Regierung der ehrliche Wille zur Verständigung über die schwebenden Reparationsfragen erzielt sei.

Die J.A.K. als Schützer der Smeetsleute.

Trier, 23. Mai. (WTB.) Nachdem der erste Versuch der Smeetsleute, sich des Elektrizitätswerkes zu bemächtigen, mit kläglichem Mißerfolg geendet hatte, griffen während der Pfingstfeiertage die Besatzungsbehörden ein. Es wurde an die Stadt das Ansinnen gestellt, das Direktorium des Elektrizitätswerkes vom Dienst zu entheben. Das Ansinnen wurde dem Vertreter der Stadt vom hiesigen Oberdelegierten der Interalliierten Rheinlandkommission als Befehl zugestellt. Daraufhin wurde gestern früh in der Betriebsversammlung der Arbeiterschaft beschlossen, das Werk stillzulegen. Die Straßenbahn verkehrte am Vormittag nicht. Im Elektrizitätswerk arbeitet nur ein kleiner Teil der Belegschaft, der sich mit den Putschisten solidarisch erklärt hat. Die Besatzungsbehörde trat später in neue Verhandlungen mit de[illegible] ... die Zusiche[illegible] ...en. Darau[illegible] ...auf- genomm[illegible]

[illegible]

Mindestens drei farbige Infanterieregimenter sind neu eingerückt. Außer Malaien erscheint in besonders starkem Maße der Negertypus im Straßenbild. Trier ist bekanntlich seit Monaten von jedem Verkehr mit dem unbesetzten Gebiet abgeschnitten. Die Smeets-Leute haben in letzer Zeit Trier zum Hauptausgangspunkt ihrer Propaganda gemacht. Die Bevölkerung befürchtet, daß die Franzosen die Absicht verfolgen, mit Hilfe der neuen zahlreichen farbigen Truppen den deutschen Widerstand in Trier gewaltsam zu brechen und durch Ausrufung der Rheinischen Republik mit der Angliederung urdeutscher rheinischer Gebiete an Frankreich im Trierer Bezirk den Anfang zu machen.

Baldwin englischer Premierminister.

Die Frankenwährung im deutschen Saarland eingeführt!

London, 23. Mai. (WTB.) Der König hat den bisherigen Schatzkanzler Baldwin zum Premierminister ernannt. — Stanley Baldwin hat den Auftrag angenommen.

London, 23. Mai. Evening Standard zufolge verlautet, daß keine großen Veränderungen in der Zusammensetzung des Kabinetts eintreten werden. Lord Curzon sei, wie es heißt, bereit, das Amt des Außenministers weiter zu führen. — Weiter verlautet, daß Sir Robert Horne auf Ersuchen Baldwins sich bereit erklärt habe, Schatzkanzler zu werden.

London, 23. Mai. Der König ist gestern nachmittag 1 Uhr in London eingetroffen, ebenso Lord Curzon. — Bonar Law hat angeblich mitgeteilt, daß er beabsichtige, Parlamentsmitglied für Mittelglasgow zu bleiben, obwohl er es nicht für wahrscheinlich halte, daß er den Sitzungen beiwohnen könne.

*

Kein Kurswechsel!

Die Unklarheit darüber, wer nach dem Rücktritt Bonar Laws der verantwortliche Leiter der britischen Politik werden solle, hat nur wenige Stunden gedauert. Baldwin, der bisherige Schatzminister, ist noch nicht lange an führender Stelle im politischen Leben Englands tätig. Erst 1921 ist er, nachdem er sich bereits als Parlamentarier im Unterhause in Finanzfragen einen Namen gemacht hatte, in die Regierung eingetreten, wo er als Nachfolger Sir Robert Hornes die Leitung des Handelsamtes übernahm. Diesen Posten verwaltete er bis zum Rücktritte Lloyd Georges, um ihn damals mit dem Amt des Schatzkanzlers in dem neuen Kabinett Bonar Law zu vertauschen. Auf diesem Posten hat er in kurzer Zeit eine Reihe von weittragenden Aufgaben mit Geschick in Angriff genommen und durchgeführt. Für England selbst bedeutet **die Regelung der Kriegsschuldenfrage gegenüber Amerika wohl die hervorragendste Betätigung des bisherigen Schatzkanzlers.** Als Bonar Law erkrankte, hat Baldwin seine Vertretung vor dem Parlament und zum Teil auch in der großen Politik übernommen, und da die finanziellen und wirtschaftlichen Fragen auch für England von überragender Bedeutung sind, war er in der Lage, seine gründlichen Sachkenntnisse nutzbringend anzuwenden. Die Verhandlungen der amerikanischen Regierung, die Baldwin selbst in Washington geführt hat, haben ihm ein klares Bild der finanziellen Weltverhältnisse gegeben, in deren Komplex die Fragen der interalliierten Schulden und der Reparationen die ausschlaggebenden sind. Er hat dabei ohne Zweifel seine Erkenntnis der Tatsache vertieft, daß diese beiden Fragen bisher von Grund auf falsch behandelt worden sind, und es hat in seinen bisherigen Kundgebungen als Schatzkanzler nicht an Beweisen dafür gefehlt, daß er aus dieser Erkenntnis die Lehren zu ziehen gewillt ist, die den Interessen Englands dienen. **Die Frage bleibt, ob er sich dabei energischer betätigen wird, als sein durch die Krankheit ebenso wie durch sein Temperament gehemmter Vorgänger.** Die Tatsache, daß man in Frankreich Baldwin mit weniger Vorbehalten begrüßt, als man es Lord Curzon gegenüber getan hätte, rührt ohne Zweifel daher, daß man dem bisherigen Schatzkanzler weder die politische Erfahrung noch die Energie zutraut, deren man sich von Lord Curzon versehen zu müssen glaubte. Der Premierminister Baldwin wird zu zeigen haben, wie weit diese französische Einschätzung auf ihn zutrifft. **Daß unter seiner Leitung die englische Politik eine wesentliche Richtungsänderung erfahren wird, ist jedoch kaum anzunehmen;** derartige Erwartungen soll man auch in Deutschland weder positiv noch negativ in die Rechnung einstellen. Auch Baldwin wird in erster Linie englische Politik machen, und davon, wo er deren Vorteile sieht, wird seine Einstellung Deutschland gegenüber in der jetzigen entscheidenden Phase abhängen.

*

Weitere Verstärkungen für das Ruhrgebiet!

Genf, 23. Mai. (Priv.-Telegr.) Am 1. Pfingstfeiertag sind im Seinedepartement alle Genietruppen von sechs Reservejahrgängen einberufen worden. Zur Ausdehnung der Eisenbahnkontrolle sind weitere Korps nach der Ruhr unterwegs.

Die Frankenwährung ab 1. Juni allein gültig!

Saarbrücken, 23. Mai. (Priv.-Telegr.) Wie der hiesige Havasvertreter meldet, hat die Saarregierungskommission am 16. Mai die Einführung des französischen Franken als gesetzlicher Währung im Saargebiet mit Wirkung vom 1. Juni d. J. ab beschlossen.

Bekanntlich hat sich der Saarlandesrat mit der Währungsvorlage der Regierungskommission beschäftigt. Er ist in mehrtägigen Verhandlungen zu der einstimmigen Auffassung gekommen, daß die Einführung der Frankenwährung den vertraglichen Bestimmungen des Diktates von Versailles widerspricht. Er verweigerte aus diesem Grunde der Vorlage seine Zustimmung. Die Saarregierungskommission hat sich über diese Auffassung hinweggesetzt und die Frankenwährung gegen den Willen der Bevölkerung beschlossen.

Die zweite Angebotnote: abwarten!

Berlin, 23. Mai. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Gegenüber den Meldungen über den Inhalt der deutschen Antwort ist festzustellen, daß die Situation keine Veränderung erfahren hat. Es hat weder eine Kabinettssitzung, noch Besprechungen mit den Parteiführern, noch mit den Führern der Industrie stattgefunden. Auch sind hierfür noch keine Termine anberaumt. Es dürften daher noch einige Tage vergehen, ehe genauere Mitteilungen über den deutschen Schritt gemacht werden können.

Der alte Kurs.

London, 23. Mai. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Expreß" kündigt an, daß die Reparationspolitik des neuen Kabinetts, die schon bisher im wesentlichen vom Schatzkanzler geführt wurde, von Baldwin unverändert weitergeführt werde. Deutschland brauche die Übermittlung seiner Reparationsnote wegen der englischen Ministerkrise nicht länger aufzuschieben, da sich in dieser Beziehung nichts geändert habe. Die gegenwärtige Reparationspolitik Englands sei keine Politik einer Partei, sondern eine nationale Politik, die vom Vertrauen der überwiegenden Mehrheit des englischen Volkes getragen werde.

Harding ist zufrieden.

Paris, 23. Mai. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Nach einer Radio-Meldung aus Washington wird im Weißen Hause erklärt, daß Präsident Harding die Wahl Baldwins zum englischen Premierminister als ausgezeichnet nennt.

Baldwins Ersatzmann.

Berlin, 23. Mai. (Drahtmeldung des WTB.) Es verlautet, daß die Neubildung des Ministeriums nicht vor Mittwoch beendet wird. Am kommenden Montag findet eine Sitzung der Konservativen Partei statt, in der Baldwin zum Führer der Partei gewählt werden wird.

Erneutes britisches Ultimatum an Rußland?

Hamburg, 23. Mai. (Priv.-Telegr.) Wie das „Hamburger Echo" mitteilt, erhielt die hier zum Kongreß eingetroffene Delegation der unabhängigen Arbeiterpartei Englands ein Telegramm, wonach Lord Curzon an Rußland die ultimative Forderung gestellt habe, bis spätestens Mittwoch die englischen Vorschläge zur Beilegung des Konfliktes anzunehmen. Die Meldung bedarf in dieser Form wohl der Bestätigung.

Tierisches Verbrechen.

Dessau, 23. Mai. (WTB.) Ein 25 jähriger Dessauer Elektriker und seine 20 jährige Braut, eine Kontoristin aus dem nahen Ziebigk, wurden auf dem Heimwege von einem Tanzvergnügen in einem benachbarten Wäldchen meuchlings erschossen. Der unbekannte Mörder beraubte die Opfer aller Wertsachen und vergewaltigte das sterbende Mädchen.

Schwere Unruhen in Dortmund.

Dortmund, 23. März. (WTB.) Während in Dortmund-Land alles noch ruhig ist, wird in Dortmund-Stadt auf fast allen Werken und Zechen mit Ausnahme von Scharnhorst, wo teilweise gearbeitet wird, gestreikt. Auf „Union" drangen heute früh etwa 300 Mann in die noch in Betrieb befindlichen Abteilungen ein und legten sie still. Herbeigeholte Polizei trieb die Eindringlinge zurück. Dabei wurden zwei Polizisten und ein Arbeiter verletzt. Auch heute nachmittag fanden Versammlungen der Streikenden statt. Gefordert werden von ihnen 50 Prozent Lohnerhöhung für die erste Maihälfte und für die zweite Maihälfte eine Lohnerhöhung entsprechend der fortschreitenden Teuerung sowie ferner eine einmalige Beihilfe von 150 000 M je Mann.

Über den Verlauf der gestrigen Kämpfe wird noch gemeldet:

Nach der kommunistischen Versammlung im Reinoldushof zogen um 8 Uhr abends kommunistische Hundertschaften nach dem Norden der Stadt mit der Absicht, die dortigen Polizeiwachen zu überfallen und zu entwaffnen. Als die Mannschaften der fünften Polizeiwache ihnen entgegentraten, wurden sie sofort mit Feuer empfangen, ebenso die alsbald eintreffenden Verstärkungen. Die Beamten erwiderten das Feuer, es kam zu einem Gefecht, in dem die Polizei die Oberhand behielt und die komunistischen Massen zu Paaren trieb. Leider erhielt ein Polizeibeamter einen tödlichen Bauchschuß, in gleicher Weise wurde der Fahrer eines Feuerwehrautos, auf dem Polizeibeamte zur Verstärkung herangeführt wurden, verwundet. Auch sonst gab es viele schwer und leicht Verletzte auf Seiten der Polizei.

Die Kommunisten haben Tote und Verwundete in weit größerer Anzahl zu verzeichnen; etwas Näheres läßt sich noch nicht feststellen, da die Toten und Verwundeten schleunigst weggeschleppt wurden.

Auch auf dem Hansaplatz kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und einer kommunistischen Hundertschaft, die mit Hieb- und Schußwaffen in die Flucht getrieben wurde. Später sammelten sich in der Born- und in der Heroldstraße am Hauptquartier der Kommunisten die zerstreuten Hundertschaften wieder, um, wie man vermutet, einen neuen Angriff auf die in der Innenstadt konzentrierte Polizei zu unternehmen.

Dortmund, 23. Mai. (WTB.) Der Streik dehnt sich weiter aus. Neu in den Streik getreten sind die Zeche Tremonia sowie eine Reihe kleiner Eisen- und Stahlwerke. Auf anderen Zechen wird ultimativ Arbeitseinstellung verlangt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230523-18/fragment/page=0007
DFG